Nr. 46. Halle (Saale), Sonnabend, den 23. Februar 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis: Monatlich 1.— Mk. bei freier Zustellung ins Haus an jed. Werktag. Durch die Post bezogen gleichfalls 1.— Mk. oder 3.— Mk. vierteljährlich, und 14 Pfg. Bestellgeld für jeden Monat, wenn die Zustellung vom Postbote erfolgt.
„Neue Welt", wöchentlich erscheinende Unterhaltungsbeilage, 10 Pfg. im Monat.
Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1047. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 16166.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene, 46 mm breite Kolonelzeile kostet 20 Pfg., für außerhalb des Verbreitungsgebiets 25 Pfg. Anzeig. unter Text: für die 92 mm breite Reklamezeile 75 Pfg.
Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 8 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.
Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr 1045. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.
Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag bzw. die Nr. 1047.

Zur Lage im Osten.

„Keine Wahl, als die Bedingungen des deutschen Imperialismus anzunehmen".

Berlin, 23. Februar. Das Regierungsorgan Nordd. Allg. Ztg. schreibt: Nach zuverlässigen Meldungen aus Rußland kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die bolschewistische Regierung ohne weiteres bereit gewesen wäre, die deutschen Friedensbedingungen in Brest-Litowsk zu unterzeichnen, wenn sie nicht die Hoffnung gehegt hätte, daß die Streikbewegung in Deutschland und Oesterreich-Ungarn zur Revolution führen würde. Ein Funkspruch des Rates der Volkskommissare vom 21. Februar liefert zugleich den besten Beweis dafür, daß es der Bolschewiki-Regierung auch jetzt noch genau so wenig um einen dauernden Frieden und um die Wiederherstellung freundnachbarlicher Beziehungen zwischen Rußland und uns zu tun ist. In dem Funkspruch heißt es: Da sich die arbeitende Klasse Deutschlands in dieser Stunde als unentschlossen und nicht stark genug erwiesen hat, um den eigenen Militarismus aufzuhalten, so bleibt uns keine Wahl, als die Bedingungen des deutschen Imperialismus anzunehmen, bis zu dem Zeitpunkt, wo die europäische Revolution sie abändern wird. (W. T. B.)

Wie die Alldeutschen die Friedens-„Verhandlungen" mit Rußland wünschen, das verrät ihre Presse. Ein Berliner Bericht aus „diplomatischen Kreisen", den die Provinzpresse, z. B. ein Halisches Blatt, veröffentlicht, lautet wie folgt:

„Die Berliner Regierung will sich auf weitere Verhandlungen mit der Bolschewiki-Regierung gar nicht mehr einlassen, sondern die militärischen Operationen ruhig weitergehen lassen. Die russische Regierung hat gar keine Möglichkeit, noch irgend etwas zu ändern oder irgend etwas an den Friedensbedingungen herabzumindern. Die deutsche Regierung hat sofort mit den Bundesgenossen eine Verbindung gesucht, um auch von diesen die Friedensbedingungen zu hören und dann die Friedensbedingungen gemeinsam der russischen [illegible] überreichen. Die hat dann nur noch die Möglichkeit, anzunehmen oder abzulehnen. Die Friedensdelegierten des Vierbundes werden nur noch nach Brest-Litowsk reisen, um endgültig die Unterschrift unter die Friedensdokumente zu setzen. Wenn die militärischen Operationen zur Besetzung noch weiterer Gebiete von Estland führen, so ist das durchaus erwünscht."

•

Oesterreich kämpft nicht gegen Rußland.

Wien, 22. Februar. Abgeordnetenhaus. Zu Beginn der Sitzung erklärte Ministerpräsident Ritter v. Seidler: Vorgestern erschien in den Blättern eine amtliche Verlautbarung, die davon sprach, wo gegenwärtig das Schwergewicht der österreichisch-ungarischen Streitkräfte liegt. Wie aus verschiedenen, in der Debatte gefallenen Aeußerungen hervorgeht, scheint dieses Communiqué teilweise zu mißverstandenen Auffassungen geführt zu haben. Zur Aufklärung möchte ich drei kurze Bemerkungen vorbringen: Wie ich schon am 19. Februar erklärte, beteiligt sich Oesterreich-Ungarn nicht an der militärischen Aktion (Beifall), die gegenwärtig von Deutschland gegen Rußland geführt wird. (Beifall.) Der Einmarsch österreichisch-ungarischer Truppen in die Ukraine, mit der wir im Friedensverhältnis stehen, erfolgt nicht. Was Rumänien anbelangt, besteht der Waffenstillstand zwischen Oesterreich-Ungarn und diesem Staate. Die Friedensverhandlungen beginnen in den nächsten Tagen. (Beifall.)

Das Haus setzte sodann die erste Lesung des Budgetprovisoriums fort.

Berlin, 22. Februar. Aus einer amtlichen Meldung geht hervor, daß der österreichische Kaiser im deutschen Großen Hauptquartier zur Besprechung schwebender Fragen angekommen ist. Ebenso erschien der Chef des österreichisch-ungarischen Generalstabes, General v. Arz. An den Besprechungen nahmen auch die Generale Hindenburg und Ludendorff teil.

Berlin, 22. Februar. Die Verbreitung des von Schmähungen gegen Deutschland strotzenden Manifestes des österreichischen Volksbundes durch das k. u. k. Korrespondenz-Bureau ist zum Gegenstand einer Erklärung des deutschen Botschafters in Wien gemacht worden.

Staatssekretär v. Kühlmann und Graf Czernin reisten nach Bukarest zu den Verhandlungen mit Rumänien.

Amerikanische Prahlerei oder Blödsinn.

Die englische Yorkshire Post verbreitet folgende Zentral News-Meldung aus Washington: William Churchill, Chef der fremdsprachlichen Publikationsabteilung, erklärte in der Postkommission des Abgeordnetenhauses, die Loyalität des deutschen Volkes gegen seine Regierung werde schrittweise durch eine Propaganda, die die Vereinigten Staaten im Verein mit Frankreich betrieben, untergraben. Größere besser organisierte Streiks in ganz Deutschland seien für den Mai anberaumt. (W. T. B.)

•

Französische Lebensmittelpolitik. Paris, 18. Februar. Der Ministerrat beschloß die vollständige Schließung der Schokolade- und Bisquitt-Geschäfte, ferner ein Verbot der Verabfolgung von Brot, Butter und Käse in den Hotels. Weizen darf nur zu Brot verarbeitet werden. Noch weitere Bestimmungen werden in Kürze in Kraft treten. Der Verpflegungsminister schlug vor, den Restaurants die Abgabe von Speisen in der Zeit zwischen den Hauptmahlzeiten zu verbieten.

Belagerungszustand und Reichstagsrechte.

Die Haftentlassung des Abg. Genossen Dittmann wurde abgelehnt.

Bedeutung der Immunität.

Einer rechts-sozialistischen Reichstagskorrespondenz über die gestrigen Reichstagsverhandlungen über die Verhaftung und Verurteilung des Genossen Dittmann entnehmen wir:

Die Behandlung des Falles Dittmann im Reichstag beweist aufs neue, wie tief alle staatsbürgerlichen Rechte durch den Kriegszustand in Bedrängnis geraten. Der verschärfte Belagerungszustand, der aus Anlaß der Streikbewegung über Berlin verhängt worden war, hatte nicht nur die Folge, daß zunächst auch die letzten Reste der Pressefreiheit wie des Vereins- und Versammlungsrechts verloren gingen, sondern auch in der Zusammensetzung des Reichstag hat er in empfindlicher Weise eingegriffen. Durch die Einrichtung der außerordentlichen Kriegsgerichte ist ermöglicht worden, daß ein Mitglied des Reichstags, der Abgeordnete Dittmann, zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe rechtskräftig verurteilt wurde, ohne daß zuvor der Reichstag die Möglichkeit gehabt hätte, für die Einstellung dieses Verfahrens zu wirken. Die außerordentlichen Kriegsgerichte kennen keine eigentliche Anklage und keine Voruntersuchung; eine bloße Vorladung genügt, dann wird verhandelt und sofort ein Urteil gefällt, gegen das es keine Berufung gibt. So erging es dem Abgeordneten Dittmann, der nach einer kurzen Ansprache, die er im Treptower Park an streikende Arbeiter gehalten hatte, verhaftet worden war. Gegen seine wiederholte Beteuerung, er habe nicht zum Streik aufgefordert, gegen das Zeugnis zahlreicher Zivilzeugen, die die Aussage des Angeklagten bekräftigten, schenkte das außerordentliche Kriegsgericht den geworbenen Zeugen Glauben, die beschworen, daß Dittmann gesagt habe: „Wir müssen den Streik beschließen!" Die Folge war die bekannte Verurteilung zu fünf Jahren Festung, gegen die es kein Rechtsmittel gibt und gegen die nach der Auffassung der Reichstagsmehrheit der Reichstag, selbst wenn er wollte, den Verurteilten nicht schützen kann.

Der entscheidend wichtige Punkt der ganzen Angelegenheit ist natürlich nicht das Recht des Reichstagsabgeordneten sondern das Recht des Reichstages. Rechtsprivilegien sind für den Abgeordneten als Person nicht zu verlangen, und in dieser Beziehung ist das Urteil, das gegen Dittmann gefällt wurde, nicht anders zu bewerten, als die zahlreichen anderen Urteile, die über streikende Arbeiter gefällt worden sind. Das Entscheidende aber ist, daß die Zusammensetzung des Reichstags geändert worden ist durch einen Eingriff der Militärjustiz, gegen den den Reichstag nach der Auffassung seiner Mehrheit überhaupt gar keine Schutzmittel zur Verfügung stehen.

Abstimmungen, bei denen es auf eine Stimme ankommt, sind gar nicht so selten. Der Fall ist ganz gut denkbar, daß durch das Fehlen eines Abgeordneten die Gesetzgebung, ja die ganze Reichspolitik in entscheidender Weise beeinflußt wird. Es kann sich sehr leicht ereignen, daß eine Abstimmung anders ausfällt, als sie ausgefallen wäre, wenn der Abgeordnete Dittmann Gelegenheit gehabt hätte, an ihr teilzunehmen.

Nun ist der Fall, daß es auf eine einzige Stimme ankommt, gewiß ein Ausnahmefall. Aber die Möglichkeiten, die sich aus dem Dittmann-Prozeß ergeben, sind mit diesem selbst noch lange nicht erschöpft. Man stelle sich vor, daß die zahlreichen Abgeordneten, die während der Streiktage gesprochen haben, sämtlich verhaftet und auf das Ressort der Polizeibeamten hin verurteilt worden wären! Dann säße heute ein recht erheblicher Prozentsatz der M. d. R. hinter Schloß und Riegel, und der Reichstag könnte sie, auch wenn er wollte, nicht wieder hervorholen. Es besteht also der Zustand, daß ein kommandierender General, indem er den verschärften Belagerungszustand verkündet, auch die Zusammensetzung der deutschen Volksvertretung erheblich verändern kann, ohne daß irgendeine Macht in der Welt imstande wäre, seine Entscheidung und die sich aus ihr ergebenden Folgen zu widerrufen.

Wie der Reichstag so wird auch die Wählerschaft eines Wahlkreises durch die Verurteilung Dittmanns in ihren Rechten gekränkt. Es ergibt sich hier ein recht eigenartiges Spiel der Gegensätze, da nämlich die Wählerschaft darunter leiden muß, daß ihr Abgeordneter — nicht zu Zuchthaus verurteilt worden ist! Wäre Dittmann zu Zuchthaus verurteilt worden, so wäre sein Mandat erloschen, und die Wähler von Lennep-Mettmann hätten Gelegenheit gehabt, sich einen neuen Abgeordneten zu wählen. Da Dittmann der ganzen Sachlage nach nicht zu Zuchthaus, sondern nur zu Festung verurteilt werden konnte, bleibt er Abgeordneter, kann aber infolge seiner Haft sein Mandat nicht ausüben. Die Wähler haben einen Abgeordneten, der sie nicht vertreten kann und haben keine Möglichkeit, sich einen anderen für ihn zu wählen.

Von dem Fall Liebknecht unterscheidet sich der Fall Dittmann dadurch, daß er die rechtliche Hilflosigkeit des Reichstags gegenüber dem Belagerungszustand und der Militärjustiz in ein noch schärferes Licht stellt. Der Reichstag sollte aus diesem Fall nachträglich wenigstens noch die eine Lehre ziehen, daß die Reform des Gesetzes über den Belagerungszustand keinen Aufschub mehr duldet. Leider wissen wir nicht, wie lange der Krieg noch dauern wird und ob wir nach ihm zu so friedlichen Zuständen zurückkehren werden, daß die Wiederanwendung dieses ungeheuerlichen Gesetzes für alle absehbare Zeit ausgeschlossen erscheint. Man soll sich also nicht dem billigen Trost hingeben, es daure ja sowieso nicht mehr lange, sondern man soll an die Arbeit herangehen, deren Dringlichkeit nun selbst dem Blindesten klar sein müßte.

•

Ausführlicher Verhandlungsbericht.

131. Sitzung. Freitag, den 22. Februar 1918, nachmittags 1 Uhr.

Der Fall Dittmann.

Ein schleuniger Antrag Albrecht (U. Soz.) und Genossen geht dahin, daß der Reichstag die Entlassung des Abg. Dittmann aus der Strafhaft verlangen soll.

Vizepräsident Dr. Paasche: Es handelt sich um einen rein geschäftsordnungsmäßigen Antrag, daß ein Abgeordneter aus der über ihn verhängten Strafhaft entlassen werden soll. Ich glaube, ich kann nicht zulassen, daß hier eine politische Diskussion entfesselt wird, und meine, daß die Herren, die darüber sprechen wollen, rein geschäftsordnungsmäßig diese Frage behandeln.

Abg. Haase (U. Soz. Zur Geschäftsordnung):

Diese Beschränkung der Debatte ist unzulässig und sachlich vollkommen unbegründet. In früheren Fällen ist der Redefreiheit in keiner Weise eine Grenze gezogen worden. Das ist auch unmöglich. Der Antrag verlangt, daß der Reichstag von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch machen und die Aufhebung der Strafhaft eines Mitgliedes verlangen soll. Damit der Reichstag sich ein Urteil darüber bilden kann, ob er von diesem Recht Gebrauch machen will oder nicht, ist es notwendig, darzulegen, weshalb dieses Mitglied verhaftet wurde, wie das Urteil lautet, aus welchen Gründen es ergangen ist und wie es vom Standpunkt des Reichstages, d. h. vom politischen Gesichtspunkt aus zu beurteilen ist. Erst wenn nach allen diesen Richtungen durch die Diskussion Klarheit geschaffen ist, kann der Reichstag darüber entscheiden. (Zustimmung b. d. U. Soz.) Wie soll das rein formal besprochen werden, ohne auf die Sache einzugehen? Die Wirkung eines solchen Vorgehens würde sein, den Antrag und alles was damit zusammenhängt zu einer Farce zu machen. (Zustimmung b. d. U. Soz. — Vizepräsident Dr. Paasche: Sprechen Sie zur Geschäftsordnung!) Ich tue es. (Vizepräsident Paasche: Zur Geschäftsordnung kann nur 5 Minuten lang gesprochen werden, ich habe das Recht, den Redner an die Geschäftsordnung zu mahnen.) Wenn einem Ihrer Mitglieder ein Verbrechen vom Gerichtshof zur Last gelegt ist, darf nicht allein das Urteil des Gerichtshofes für Sie maßgebend sein, sondern Sie haben aus Ihrem freien Urteil heraus zu entscheiden. Wenn Sie sich auch schließlich den Tenor dieses Urteils aneignen, so müssen Sie doch erst prüfen, aus welchen Gründen das Urteil ergangen ist. Sonst wird der Antrag einfach übers Knie gebrochen gegen die Würde des Reichstages und es geschieht Unrecht dem Mitglied und dem Reichstage selbst.

Vizepräsident Paasche: Ich verwahre mich dagegen, als ob mein Vorgehen gegen die Würde des Reichstages gerichtet wäre und den Antrag zu einer Farce machen würde. Meine Erwägungen sind durchaus sachlicher Natur. Es handelt sich hier nicht darum, ein rechtskräftiges Urteil zu kritisieren, sondern darum, zu entscheiden, ob wir auf Grund des Artikels 31 die Enthaftung verlangen können, trotzdem der Abgeordnete rechtskräftig verurteilt ist und im Gefängnis ist. Die Urteilsfähigkeit der Reichstagsmitglieder ist groß genug, um das ohne Diskussion über das Urteil selbst entscheiden zu können.

Abg. Herzfeld (U. Soz.):

Der Vorschlag des Präsidenten kommt darauf hinaus, daß der ganze Reichstag im vierten Jahre des Krieges nicht mehr das Recht haben soll, darüber zu entscheiden, ob er die Immunität für eines seiner Mitglieder beanspruchen kann oder nicht. Eine gründliche Besprechung ist um so notwendiger als die Zensur eine Berichterstattung über die Verhandlung gegen Dittmann verhindert hat.

(Unterbrochen durch den Vorsitzenden. Abg. Ledebour (U. Soz.): Das ist der Grund, warum die Sache vor das Haus kommen muß. — Der Vizepräsident ruft Ledebour zur Ord-

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 23. Februar 1918. (W. T. B.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

In Estland sind unsere Truppen im Vordringen nach Osten. In Livland wurde Walk besetzt. In der Ukraine haben die südlich von Luck vorgehenden Kräfte Dubno erreicht.

Im übrigen nehmen die Operationen ihren Fortgang.

Die Zahl der eingebrachten Gefangenen hat sich um zwei Generale, 12 Obersten, 433 Offiziere und 8770 Mann erhöht.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

•

Wilson wird die Friedensdiskussion fortsetzen. Amsterdam, 22. Februar. Der Nieuw. Rott. Court erfährt: Wilson wird nächste Woche wieder eine Rede vor dem Kongreß halten und wird über die amerikanischen Friedensbedingungen und die Stellungnahme der Vereinigten Staaten gegen den Beschluß der Alliierten auf der Konferenz in Versailles sprechen.

•

Schiffsversenkungen. Berlin, 22. Febr. Neue U-Boots-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 18 000 Tonnen. Unter den versenkten Schiffen befand sich ein großer Dampfer von über 10 000 To. vom Aussehen des englischen Dampfers Orama. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180223-16/fragment/page=0001

nung. Lebh. Beifall rechts.) Als die Abgg. Bebel und Liebknecht auf die Festung kamen, wurde im Reichstage wörtlich derselbe Antrag gestellt, den wir jetzt gestellt haben, damals aber hat der Reichstag zugelassen, daß Verhandlung und Urteil in der breitesten Weise erörtert wurden. Jetzt nach 45 Jahren wollen Sie der Welt das Schauspiel geben, daß der deutsche Reichstag die Immunität seiner Mitglieder nicht mehr so hoch hält?

Abg. Ebert (Soz.):

Ich möchte den Präsidenten ausdrücklich bitten, den Rahmen unserer Verhandlung nicht zu eng zu ziehen. Wenn es sich auch bei dieser Debatte darum handelt, zu prüfen, inwieweit der Artikel 81 der Reichsverfassung Anwendung findet, so muß doch unter allen Umständen den Antragstellern bei der Begründung ihres Antrages ermöglicht werden, den Sachverhalt darzustellen, um ein klares Bild zu gewinnen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Meine Freunde sind an sich nicht der Meinung, daß die ganze Streikfrage, ihre politische Seite, hier erörtert werden soll. Aber den Antragstellern muß die Möglichkeit gegeben werden, den Sachverhalt in vollem Umfang darzustellen, und ich bitte den Präsidenten dringend, es so zu halten.

Vizepräs. Paasche: Das Urteil kann beim Etat besprochen werden, aber nicht bei diesem Antrage.

Abg. Gröber (Zentr.): Wir können jetzt nicht in eine Kritik eines rechtskräftigen Urteils eintreten. Wohin soll es führen, wenn wir hier eine weitere Instanz über das Militärgericht errichten wollten?

Abg. Junck (Natl.) schließt sich dieser Meinung vollkommen an.

Vizepräs. Paasche: Ich habe nur angeregt, daß die Rechtsfrage jetzt nicht glossiert werden soll. Selbstverständlich kann das Urteil erwähnt werden, aber es kann bei diesem Antrage nicht kritisiert werden

Abg. Haase meldet sich zur Geschäftsordnung, zugleich erklärt Vizepräs. Paasche, die Abstimmung darüber einzuleiten, ob das Haus seinem Vorschlage beitritt. Die Unabhängigen Sozialdemokraten erheben lebhaften Widerspruch.

Vizepräs. Paasche: Ich kann nicht stundenlange Geschäftsordnungsdebatten zulassen. Es liegt in der Hand des Präsidenten, ob er zur Geschäftsordnung das Wort erteilen will Die Mehrheit ist souverain, deshalb bitte ich diejenigen Herren die meinem Vorschlage zustimmen, sich von ihren Sitzen zu erheben (Stürm. Unterbrechung der U. Soz und lebh. Rufe: Zur Geschäftsordnung! Echt liberal! Hausknecht!) Es ist in die Hand des Präsidenten gegeben, ob er Geschäftsordnungsdebatten zulassen will oder nicht. Ich lasse keine weitere zu. (Erneute stürm. Proteste der U. Soz.)

Vizepräs. Pasche nimmt den Ordnungsruf, den er vorhin dem Abg. Ledebour erteilt hatte, zurück, da er auf einem Hörfehler beruht habe. Darauf erteilt er das Wort zur sachlichen Debatte dem

Abg. Herzfeld (U. Soz.):

Er legt zunächst dar, daß nur bei Erklärung des Belagerungszustandes der Artikel 7 der preußischen Verfassung hätte aufgehoben werden können. Nur durch Außerachtlassung dieser Bestimmung ist es möglich geworden, daß das außerordentliche Kriegsgericht den Abg. Dittmann ohne Voruntersuchung in aller Schnelligkeit aburteilen und so

den Reichstag darum bringen konnte,

seine Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Dittmann zu erteilen oder zu versagen. Am Freitag stand die Aufhebung des Belagerungszustandes in den Zeitungen, am Sonnabend vormittag erfuhr ich auf dem Gericht zufällig, daß Abg. Dittmann schon an diesem Tage vom Kriegsgericht abgeurteilt werden sollte, also

ohne daß er oder sein Verteidiger davon wußte.

(Hört, hört! b. d. Soz.) Auf meine Intervention waren die Richter geneigt die Verhandlung auf Montag früh zu vertagen. Da der Gang der Verhandlung infolge eines

Zensurverbots in den Zeitungen nicht mitgeteilt

werden durfte, will ich hier darauf eingehen. Sie wissen, daß der Streik am 28. Januar mit elementarer Gewalt ausgebrochen ist, am Abend streikten in Berlin 260 000 Arbeiter. Den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergrund, auf dem es möglich war, daß eine solche Bewegung entstand, will ich kurz andeuten. In vier Jahren des Krieges hatten Millionen Arbeiter ihr Leben gelassen, ihre Arbeitskraft verloren, waren zu Krüppeln geworden. Dazu kam das Anwachsen der Ernährungsschwierigkeiten, Drangsalierungen der Arbeiter im Innern, die Versammlungsverbote, Knebelung der Presse, Verfolgungen ihrer Vorkämpfer. Auf der anderen Seite hatte die Vaterlandspartei fast unbeschränkte Freiheit. Die Verhandlungen in Brest-Litowsk schienen zu zeigen, daß die Eroberungspolitiker in Deutschland das Heft in Händen hatten. Unter diesen Umständen verzweifelten die Arbeiter an einen nahen Frieden und entschlossen sich,

ihre proletarische Macht in die Wagschale zu werfen.

So brach elementar der Streik aus. Am Dienstag, 30. Januar, erhielt Abg. Dittmann die Verordnung des Oberkommandierenden, wonach die Streikleitung sich jeder weiteren Tätigkeit zu enthalten habe. Die erste Tätigkeit des Abg. Dittmann in der Streikleitung hatte darin bestanden, auf sofortige Verhandlung mit dem Staatssekretär des Innern zu drängen, um den Streik ordnungsmäßig zu Ende zu führen. Als er am Dienstag durch einen Zettel benachrichtigt wurde, daß eine Versammlung in Treptow stattfand, war es seine selbstverständliche Pflicht als Vorstandsmitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie, dort hinzugehen. Er sprach dort von der Bedeutung der Arbeitsniederlegung, daß sie den Zweck der Demonstration habe, um

der Regierung den Willen der Arbeiterschaft für einen allgemeinen demokratischen Frieden ohne Annektionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu zeigen.

Während seiner Rede entstand Unruhe, er mußte sie deshalb kurz abbrechen und schloß: „Hoch der allgemeine demokratische Friede!" Darauf erscholl ein dreimaliges Hoch. In dem Augenblick wurde Dittmann von einem Gendarmen verhaftet. Die Unruhe war entstanden, weil der Gendarm, was Dittmann nicht hören konnte, die Versammlung zum Auseinandergehen aufgefordert hatte. Der ganze Prozeß dreht sich nun darum, ob Dittmann statt der angeführten Schlußworte gesagt hat: „Wir müssen den Streik hochhalten." In diesen Worten hat das Gericht „versuchten Landesverrat" gesehen und ihn zu fünf Jahren Festung verurteilt, während der Staatsanwalt sechs Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust beantragt hatte, ein Antrag, den er einem Raubmörder gegenüber wohl nicht gestellt hätte. Alle Zeugen Dittmanns, darunter einer, der unmittelbar neben ihm gestanden, bekunden dasselbe wie Dittmann. Daher sollte man meinen, daß ein objektives Gericht mindestens zu einem non liquet (nicht erwiesen) gekommen wäre. (Vizepräs. Dove: Damit beleidigen Sie erstens das Gericht, daß es nicht objektiv geurteilt hätte, und handeln zweitens gegen den Beschluß des Hauses, das Urteil nicht zu kritisieren.) Die Gendarmen haben offenbar nur das Hoch gehört und haben sich das andere konstruiert. Dittmann ist ein Mann, der seine Worte genau überlegt und auch die deutsche Sprache versteht. Darum hat er gar nicht sagen können „den Streik hochhalten", das ist nur Gendarmendeutsch. Und nach den Worten, man solle den Streik hochhalten, wäre auch natürlich kein dreimaliges Hoch erklungen. Dittmann soll durch seine Worte Hochverrat begangen haben. Was hat aber die deutsche Regierung getan?

Sie hat durch das Verbot jeglicher Zusammenkünfte der Streikenden diese geradezu auf die Straße getrieben.

(Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Man hat gegen die unbewaffnete Menge Gendarmen mit Revolvern und Säbeln angehen lassen. Dabei ist deutsches Arbeiterblut geflossen.

Es sind sechs Arbeiter erschossen worden.

So geht derselbe Staatssekretär Wallraf vor, der hier das Wort des proletarischen Dichters zitiert hat, daß Deutschlands ärmster Sohn auch sein treuester war. Was konnten in dieser Lage die Arbeiter anders tun als ihre eigene Macht durch Streik in die Wagschale werfen? (Vizepräs. Dove: Ich fordere Sie auf, nur über die Verhaftung des Abg. Dittmann zu sprechen!) Die Regierung hat die Verhandlung mit den Streikenden abgelehnt. (Vizepräs. Dove ruft den Redner zum zweitenmal zur Sache und macht ihn auf die Folgen aufmerksam.) Es handelt sich nun für den Reichstag um die Frage, ob er von dem Recht des Artikels 31 Gebrauch machen will. Danach kann auf sein Verlangen jedes Strafverfahren gegenüber einem Abgeordneten aufgehoben werden. Was ein Strafverfahren ist, ist bei Erlaß dieses Artikels nicht festgestellt. Jedenfalls kann nicht maßgebend sein, was die Strafgesetzordnung darunter versteht, denn die ist viel später gemacht worden. Bei Erlaß des Artikels 31 aber verstand man unter Strafverfahren allgemein auch die Strafvollstreckung. Das Haus selbst hat sich auf den Standpunkt gestellt, als es vor einem Jahre erklärte, daß auch die Schutzhaft unter den Artikel 31 fällt. Im übrigen ist

der Reichstag souverän

und kann interpretieren, daß das Strafverfahren auch die Strafvollstreckung in sich schließt. Die Immunität ist ein hohes Privilegium des Reichstags. Gerade für Zeiten der politischen Leidenschaften ist Artikel 31 gemacht. Es handelt sich hier zweifellos um

die Absicht der Militärdiktatur, einen mißliebigen Abgeordneten dem Reichstag zu entziehen,

um einen Schlag gegen den Reichstagsbeschluß vom 19. Juli. Die Arbeiter werden von ihrem Machtmittel des Streiks wieder Gebrauch machen müssen, wenn Sie sie dazu zwingen. Darum nehmen Sie unseren Antrag an zum Wohle des Deutschen Reichs. (Bravo! b. d. U. Soz.)

Staatssekretär Wallraf:

Nach dem vom Urteil festgestellten Tatbestand hat der Abg. Dittmann sich gegen die Verordnung des Oberkommandos vergangen, die jede Betätigung der Streikleitung zugunsten des Streiks untersagte, er hat ferner Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet und durch seine Aufforderung zum „Durchhalten und den Streik hochzuhalten", hat er sich des versuchten Landesverrats schuldig gemacht. Auf Verlangen des Reichstags wird nach dem Artikel 31 der Verfassung ein Strafverfahren ausgesetzt. Es besteht aber seit langem Uebereinstimmung in der Wissenschaft und in der Praxis des Reichstages, daß unter Strafverfahren die Vollstreckung eines rechtskräftigen Urteils nicht zu verstehen ist. Der Reichskanzler würde also gar nicht in der Lage sein, einem Ansuchen, wie es der Antrag an ihn stellt, nachzukommen. Der Abg. Herzfeld sprach auch von der Not des Volkes und dem unschuldig geflossenen Blut. Das war vor allem das Blut der Polizeibeamten. Es ist festgestellt, daß der erste Schuß, der gefallen ist, der war, durch den ein Polizeibeamter niedergestreckt wurde. (Lebh. Unruhe bei den Unabh. Soz.) Es ist unverantwortlich, wenn von halbwüchsigen Jungen und Mädchen die Angestellten an der Straßenbahn angegriffen werden. Wenn es da zu Folgen kommt, die immer mit Unruhen verknüpft sind, so tragen diejenigen die Schuld, die noch schüren, nicht diejenigen, die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung berufen sind. In diesem Falle verdient die Polizei Dank. (Lebh. Beifall.) Unser aller Wunsch ist ein ehrenvoller Frieden. Streiks aber sind das falscheste Mittel dazu, denn sie säen Zwietracht, während das beste Mittel, zum Frieden zu gelangen, die Einigkeit ist.

Abg. Ebert (Soz.):

Nach unserer Meinung ist der Streik verursacht durch die unhaltbare Politik der Regierung, die es vermieden hat, in der Friedensfrage für Klarheit zu sorgen und den Beschwerden über den Belagerungszustand abzuhelfen, und die in der Ernährungsfrage die schweren Leiden nicht beseitigt hat. Und nicht zum wenigsten sind die Verhandlungen über das preußische Wahlrecht schuld am Streik, die in geradezu provokatorischer Weise geführt worden sind und

die Arbeiter bis aufs Blut gereizt haben.

(Lebh. Zust. links.) Anstatt den Arbeiter Moral zu predigen, sollte die Reichsregierung gegenüber

einer kleinen Schicht Interessenpolitikern

tatkräftig eingreifen. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Auf die politische Debatte will auch ich jetzt nicht eingehen. Nach meiner Kenntnis der Dinge ist die Darstellung des Sachverhalts durch den Abg. Herzfeld durchaus zutreffend. Im Zusammenhang mit der inneren und äußeren Politik muß die ganze Frage unseres Erachtens gründlich besprochen werden. Dabei wird auch über

die Judikatur der außerordentlichen Kriegsgerichte

gesprochen werden müssen, von denen eine förmliches Wüten ausgeht, das die schärfste Kritik herausfordert und gegen das wir schon jetzt entschiedensten Protest einlegen. (Zust. b. d. Soz.) — Richtig ist, daß in den 70er Jahren der Reichstag beschlossen hat, der Strafvollzug falle nicht unter den Artikel 31 der Verfassung. Aber auch damals hat keine einheitliche Auffassung geherrscht. Nach dem Geist und dem Zweck der Bestimmung ist jedenfalls die damalige Auffassung des Reichstages unhaltbar. Die Immunität ist kein persönliches Privileg, sondern bedeutet die Sicherstellung des Rechts der Wähler und des Parlaments. Die Frage ist, ob es wichtiger ist, daß ein Abgeordneter ohne Unterbrechung seine Strafe abbüßt oder daß der Reichstag vollzählig zusammentreten kann. Die Person der Parteistellung des betreffenden Abgeordneten bleibt dabei völlig außer Betracht. Der Auffassung, daß mit der Rechtskraft des Urteils das Strafverfahren zu Ende sei, können wir uns nicht anschließen, auch die Bevölkerung hat dafür kein Verständnis. Auch der Verfassungsausschuß hat den Antrag angenommen, den Artikel 31 der Verfassung auf die Strafhaft auszudehnen. Sollte die Mehrheit wider Erwarten den Artikel 31 so auslegen, wie in den 70er Jahren, so sollte sie doch mindestens den Antrag des Verfassungsausschusses zur schleunigsten Erledigung bringen. Vor allem aber bitten wir, dem Antrag Albrecht und Genossen zuzustimmen. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.): Es handelt sich hier lediglich um die objektive Feststellung einer Rechtsfrage, und da kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß im Artikel 31 der Verfassung „Strafverfahren" im Sinne der Strafprozeßordnung zu verstehen ist. Damit fällt die Strafvollstreckung nicht mehr unter das Verfahren, und der Antrag Albrecht ist unzulässig.

Staatssekretär im Reichsjustizamt v. Krause: Nicht nur in den 70er Jahren, sondern auch in den 80er und 90er Jahren hat der Reichstag entschieden, daß eine Strafhaft nicht unter den Artikel 31 der Verfassung fällt. Der Abg Ebert hat auf den Antrag des Verfassungsausschusses hingewiesen, den Artikel 31 auch auf die Strafhaft auszudehnen. Dieser Antrag beweist doch, daß nach dem geltenden Recht die Strafhaft nicht unter diesen Artikel fällt Auch die Sozialdemokraten haben im Jahre 1909 einen solchen Antrag gestellt, der ja gar keinen Sinn hätte, wenn schon nach dem bestehenden Recht der Artikel 31 auf die Strafhaft zuträfe.

Abg. Gröber (Zentr.): So selbstverständlich, wie der Staatssekretär es hinstellte, ist die Sache nicht. Im Reichstag waren seinerzeit die Meinungen jedenfalls geteilt. Warum sollte auch ein so wesentlicher Unterschied in der Behandlung der Haft vor und nach dem Urteil gemacht werden. Bei der Strittigkeit der Rechtsfrage handelt es sich bei uns um die Schwere des Falls Mag das Motiv der Handlung des Abg. Dittmann noch so ehrenhaft gewesen sein, so lag doch in seinem Verhalten eine schwere Gefahr für das Vaterland, denn bei Unterbindung der Munitionsherstellung können wir den Krieg nicht weiterführen. Im Hinblick auf die Schwere des Falles lehnen daher meine politischen Freunde den Antrag auf Haftentlassung ab. (Bravo! im Zentr.)

Abg. Dr. v. Veit (Kons.) wendet sich gegen den Antrag auf Haftentlassung und bemerkt, die Arbeiter seien nicht durch die Behandlung der Wahlrechtsfrage im Abgeordnetenhause zum Streik aufgeregt worden, sondern sie seien direkt aufgewiegelt von gewissenlosen Hetzern. (Lebh. Unruhe links.)

Abg. Junck (Natl.): Zum Streik werden wir innerhalb einer großen politischen Debatte Stellung nehmen, hier handelt es sich nur um die Auslegung des Artikels 31, wonach wir gegen den Antrag stimmen müssen, indem wir uns vor dem bestehenden Gesetz beugen. (Zust. b. d. Natl.)

Abg. Bruhn (D. Frak.) wendet sich gegen den Antrag auf Haftentlassung.

Abg. Haase (U. Soz.): Auf juristische Haarspaltereien lasse ich mich nicht ein. Wenn der Artikel 31 der Verfassung den Strafvollzug mit umfaßt, wie ja der Abg. Gröber einräumt, dann muß er gerade im Fall Dittmann angewendet werden, denn selbst das Kriegsgericht hat zugegeben, daß es sich hier lediglich um eine Handlung aus politischen Motiven handelt. (Lebh Zust. b d. U. Soz.) Auf den Streik werde ich bei dem Etat eingehen und seine Notwendigkeit und seine Berechtigung in vollem Umfange beweisen.

Abg. Dr. v. Laczewski (Pole): Bei jedem Urteil wird der Angeklagte auch zu den Kosten des Verfahrens verurteilt, und als solche werden nach der Strafprozeßordnung auch die Kosten des Strafvollzuges angesehen. Mithin gehört die Strafvollstreckung auch in das Strafverfahren. Die Berechtigung des Reichstages zu dem Antrag ist danach zweifellos, und wir müssen ihm Folge geben, nicht um ein Recht eines Abgeordneten, sondern um ein Recht des Reichstags zu wahren

Die Debatte schließt. Der Antrag Albrecht wird gegen die Stimmen beider sozialdemokratischen Fraktionen und der Polen abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung des

Ukrainefriedens.

Abg Dr. Maier-Kauffbeuren (Zentr.): Die Regierung muß alles aufbieten, um die in der Ukraine vorhandenen Vorräte für uns zu sichern. Wir begrüßen den Frieden.

Abg. List (Natl.) schließt sich dem Vorredner an und begrüßt insbesondere, daß der freie Handel an der Erfassung der Vorräte in der Ukraine beteiligt werden soll.

Abg. Graf Carmer (Kons.) hofft, daß es bald zu einem Handelsvertrag mit der Ukraine kommen wird.

Der Friedensvertrag wird genehmigt.

Beim Zusatzantrag bringt Abg. Maier-Kauffbeuren (Zentr.) die Bestimmung zur Sprache, wonach die Ukraine berechtigt ist, den Grundbesitz entschädigungslos zu enteignen. Die Ukrainer deutscher Abstammung müssen gegen eine solche Maßnahme geschützt werden.

Ministerialdirektor Kriege legt dar, daß es sich bei der betreffenden Bestimmung nur darum handelt, daß Grundstücke, die infolge der Kriegsereignisse den ursprünglichen Eigentümern abhanden gekommen sind, ihnen wieder zurückgegeben sind. Ueber künftige Enteignungen sagt der Friedensvertrag nichts. Jedenfalls haben wir den Ukrainern unseren Standpunkt sehr klar zum Ausdruck gebracht, daß Enteignungen ohne Entschädigung nicht erfolgen dürfen.

Abg. Graf Carmer (Kons.): Das ist vorläufig ein frommer Wunsch, denn die Ukrainer haben auf diese unsere Erklärung nicht geantwortet.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird auch der Zusatzvertrag angenommen. Es folgt die dritte Lesung der Verträge.

Abg. Scheidemann (Soz.): [illegible] Bedenken gegen die Festsetzung der Grenze zwischen Polen und Ukraine sind groß. Diese Bedenken sind nicht vollkommen beseitigt worden durch die Mitteilung des Herrn Staatssekretärs von Kühlmann über die Wiener Kommission, die unter Teilnahme österreichisch-ungarischer, ukrainischer und polnischer Vertreter die Grenze endgültig bestimmen soll. Trotzdem wird die sozialdemokratische Fraktion dem Friedensvertrag zustimmen in der Gewißheit, daß jeder Friedensschluß den Willen der Völker zum allgemeinen Frieden und den Einfluß aller zu einem Verständigungsfrieden Bereiten stärken, dagegen die Position der Kriegstreiber in allen Ländern mehr und mehr erschüttern muß. Die sozialdemokratische Fraktion spricht die Erwartung aus, daß diesem Vertrag bald weitere folgen werden, so daß dem Völkermorden ein Ende gemacht und wirkliche Kulturarbeit im Interesse eines dauernden Friedens zum Nutzen aller Völker begonnen werden kann. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Fischbeck (Vp.): Wir stimmen den Verträgen zu.

Abg. Stychel (Pole):

Bei der einseitigen Informierung der deutschen Presse können wir Polen auf ein Verständnis unserer Lage nicht rechnen. In diesem Moment erzittert die polnische Nation von oben bis unten von Schmerz und Entrüstung. Die uns gegebenen Versprechungen, auch königliche Versprechungen, sind uns gegenüber nicht gehalten worden. Und dann sagt man: Ja, wenn solche Reden von polnischer Seite gehalten werden, kann von einer Verständigung nicht die Rede sein. Man müßte aber sagen; wenn solche Tatsachen von den Vertretern der Polen festgestellt werden können, kann man sich über die Stimmung der Polen nicht wundern. (Sehr gut! b. d. Polen.) Man gibt zu,

den Polen geschieht im Vertrage Unrecht,

aber „höhere Interessen" verlangen die Ratifizierung des Vertrages. Ich meine, das höchste Interesse ist die Wahrung von Freiheit und Recht (Sehr wahr! b. d. Polen.) Die Tragik der Polen war die größte in diesem Kriege, denn ihre Söhne waren durch die Dreiteilung Polens gezwungen, Landsmann gegen Landsmann zu kämpfen. Da ist es ein brutales Verlangen, die Polen sollten noch über die Dienstpflicht hinaus freiwillig ein Heer aufstellen. Das polnische Volk und polnische Land hat man in Brest-Litowsk als Handelsobjekt mißachtet Und da

spricht man von freier Selbstbestimmung der Völker.

Man sollte doch offen bekennen, wenn man sich schwach fühlt, spricht man Freiheit und Gerechtigkeit, wenn man sich stark fühlt, pfeift man darauf (Sehr wahr! b. d. Polen.) Die ganze Welt lechzt nach Frieden, und hier geht man offen darauf aus, neue Reibungsflächen zwischen Polen und Ukrainern zu schaffen. (Sehr wahr! b. d. Polen.) Der Abg. Bacmeister hat das in einer Versammlung der Vaterlandspartei ausdrücklich begrüßt. (Hört, hört! b. d. Polen.) Das spricht für die Gesinnung, die dahinter steckt. (Sehr wahr! b. d. Polen.) Auch an der Westgrenze Polens werden neue Annektionen erwogen. Man unterschätze nicht die Erregung der Polen. Wir legen feierlich vor Gott, vor dem Tribunal der Geschichte und vor der zivilisierten Welt Protest ein gegen diesen neuen Gewaltakt, die neue Teilung Polens. (Lebh. Bravo b. d. Polen.)

Abg. Graf Westarp (Kons.)

begrüßt den Vertrag und weist die Ausführungen des Vorredners als Uebertreibungen zurück. Ich bedauere, daß der Abg. Scheidemann auch heute wieder von Kriegstreibern in allen Ländern gesprochen hat.

In Deutschland gibt es keine Kriegstreiber.

(Schallendes Gelächter b. d Soz. und U. Soz.) Es ist unverantwortlich, daß Sie durch dies Gelächter den Feinden, die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180223-16/fragment/page=0002

verleumderisch solche Behauptungen verbreiten. Material liefern. (Erneute gr. Unruhe b. d. Soz. u. U. Soz. Zurufe: Vaterlandspartei!) **Herr Cohn hat also die Stirn, hier behaupten zu wollen, daß dieser Krieg in Deutschland ausgeheckt worden ist.** (Abg. Cohn: **Jawohl!** — Zust. b. d. U. Soz. Großer Lärm und Pfuirufe rechts.)

Abg. Fehrenbach (Zentr.):

Wir hoffen mit Frieden auf Rußland. **Wenn wir in Estland und Livland einrücken, so tun wir das, um den Grausamkeiten, die jetzt dort verübt werden, ein Ende zu machen.** Wollen die Polen etwa verlangen, **daß Deutschland jetzt seine polnischen Provinzen an ein künftiges Polenreich abgibt,** von dessen Freundschaft zu Deutschland wir wirklich noch nichts gemerkt haben. (Sehr wahr!) Das wäre doch eine zu unbegreifliche Dummheit. (Lebh. Zust.) Was speziell das Cholmer Gebiet anlangt, so ist ja im Friedensvertrag selbst eine Grenzkorrektur durch eine gemischte Kommission vorgesehen. Aber die Polen sind auch mit dieser Kommission nicht zufrieden, wenn sie nicht ganz aus Polen bestehen. Mit dem Bacmeister lassen Sie uns in Ruhe — solche Leute sollte man an die Kandare legen. (Heiterkeit.) Wollen Sie etwas verlangen, daß an der Cholmer Frage der Friede gescheitert wäre. (Zuruf b. d. Polen: Das wäre nicht geschehen, hätte man die Polen zugezogen!) Wir werden die Freiheit und Selbständigkeit des künftigen polnischen Reichs wahren, aber man kann uns nicht zumuten, für unsere Feinde und für solche, von denen wir nicht wissen, ob sie es noch werden wollen, die Kastanien aus dem Feuer zu holen. (Lebh. Zust.)

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.):

Wir können dem Vertrage mit der Ukraine nicht zustimmen (Lachen), weil er ein Versuch der Einmischung in die Angelegenheiten anderer Völker ist und zwei Völker gegenseitig ausspielt. Weiter enthält der Frieden ein Unrecht gegen die Polen, die, ohne auch nur gefragt zu sein, eines Teils ihres Landes beraubt werden. Wir können eine Politik nicht unterstützen, deren Absichten jetzt klar zu Tage liegen:

wir marschieren im Osten, um das alte zum Untergang verurteilte kapitalistische Europa gegen die soziale Revolution zu schützen.

Wir können einem Friedensvertrage nicht zustimmen, der einen Großbalkan an unserer Ostgrenze schafft und keine Friedensforderung darstellt, sondern

neue Kriegsgefahren für die nächste Zukunft

heraufbeschwört. Die Theorie von den baltischen Baronen, die sich nach Deutschland sehnen sollen, ist ganz falsch. Aus diesen Kreisen der Balten stammen die schlimmsten Träger der zaristischen Unterdrückungspolitik, die Rennenkampf, die Plehwe, die Kaulbars usw. Sie denken erst jetzt an Deutschland, wo sie den Boden unter den Füßen verlieren (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dabei bilden diese Barone nur eine verschwindende Minderheit, das Volk ist lettisch und estisch. Es handelt sich hier um eine Wiederholung der marokkanischen und albanischen Interventionspolitik.

Die sogenannten Hilferufe aus Baltenland sind nur Vorwände für längst beschlossene Annektionen.

Die Sympathieerklärungen des Rats von Flandern eröffnen die Aussicht auf Sonderfriedensbestrebungen mit Flandern. **Das Rote Kreuz in Gent hat einen Appell an die Menschheit erlassen.** (Rufe: Zur Sache!) Also kann die Oeffentlichkeit auch von dieser Stelle nicht darüber unterrichtet werden. Wer sind die Nutznießer des deutschen Friedens? Die Reichen.

Die Armen zahlen den Reichen.

(Lärm rechts. — Rüge des Vizepräs. Bald darauf wird der Redner zum zweitenmal zur Sache gerufen. Er verlangt, dem Grafen Westarp erwidern zu können und will bei anderer Gelegenheit auf die Entstehungsgeschichte des Krieges zurückkommen. (Zuruf: In einer persönlichen Bemerkung! — Htk.) Dieser Frieden im Osten soll es ermöglichen, **dem Westen den Machtfrieden aufzuzwingen.** Durch die große Offensive, von der man seit Monaten spricht, und der alles, was menschlich fühlt, nur mit Grauen entgegensieht. (Sehr wahr! Zurufe: Wo denn?) Bei einer neuen Mahnung zur Sache fordert der Redner, gleich den Vorrednern, über den allgemeinen Frieden sprechen zu können. Er fährt fort: **Sie wollen nicht menschlichfreundlich verhandeln, sondern nach der einzigen Methode des preußischen Militarismus, indem mit der Faust auf den Tisch geschlagen wird. Sie mögen noch so viel Schützengräben aufwerfen, der Funken der russischen Revolution wird doch herüberspringen. Ich segne den Tag, da die Völker ihre Geschicke gegen die Fürsten, gegen die Staatsmänner selbst in die Hand nehmen werden.** (Lebhafter Beifall b. d. U. Soz. — Großer Lärm rechts, Zuruf: Landesverräter!)

Abg. Dr. Stresemann (Natl.)

polemisiert gegen den Abg. Stychel, den er einen „Priester des Hasses" nennt. (Gr. Unruhe b. d. Polen.) Die Behauptung des Abg. Cohn, die estnischen Hilferufe seien in Berlin gemacht, **ist eine unerhörte Insinuation, die am besten widerlegt wird** dadurch, daß jetzt estnische Regimenter mit den deutschen kämpfen gegen ihre Unterdrücker. Aus der Rede des Abg. Cohn klang nur heraus **das hämische thersiteshafte** (Thersites war ein häßlicher, feiger, schmähsüchtiger Grieche) **Herabziehen alles Deutschen.** (Sehr wahr!) Kein Wort reden Sie von den deutschen Opfern franko-englischer Gasangriffe und Fliegerbomben, aber wenn wir die letzte Kraft zusammenfassen um den so oft angebotenen Frieden zu erkämpfen, da schmähen Sie, **verlängern dadurch den Krieg und liefern unseren Feinden Material für ihre Verleumdungen.** (Lebh. Zust. b. d. Natl.)

Abg. Stychel (Pole): Ich habe hier für mein schwer bedrücktes Vaterland gesprochen. (Vizepräs. Paasche: Sie sprechen hier als deutscher Reichstagsabgeordneter.) Sachlich werden wir beim Etat antworten. (Bravo! b. d. Polen.)

Der Friedensvertrag wird hierauf angenommen. Beide Verträge darauf in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Polen und U. Soz.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11½ Uhr. (Rechnungssachen, kleine Vorlagen.) Schluß 8¼ Uhr.

Ueber den Vormarsch im Osten

geben wir hier die offiziösen Meldungen wieder, die durch das offiziöse W. T. B. kundgemacht werden:

Berlin, 22. Februar. Der deutsche Vormarsch im Osten begann am 19. Februar, 4 Uhr vormittags, bei schönem klaren Frostwetter. Der Feind leistete nach Abgabe einiger Schüsse keinen Widerstand. Die russische 12. Armee, nur noch aus aufgelösten Scharen bestehend, hatte bereits am 18. Februar den Rückzug angetreten. Größtenteils waren die Truppen neuerdings von Roter Garde abgelöst, die nicht zum Kampf, sondern zur Verwaltung des Landes, d. h. zum Plündern und Brandschatzen, bestimmt war. Wie gründlich die Elitetruppe der Bolschewisten das besorgt hat, berichtete ein am 19. Februar abends bei den deutschen Linien eingetroffener russischer Offizier aus Dorpat, der aus dem Lazarett heraus als Balte verhaftet werden sollte, obwohl er als Soldat für Rußland im Felde seine Pflicht treu erfüllt hatte. In Dorpat herrscht das Schreckensregiment der Roten Garde. Fortwährende Verhaftungen werden vorgenommen. In Fellin wurde eine alte Stiftsdame im Rollstuhl arretiert. In Reval, wo alle Deutsch-Balten gefangen gesetzt sind, wurden alte Männer durch Mißhandlungen und Schläge getötet. In Narwa wurden 10 Deutsch-Balten ermordet. Besonders grauenhaft hausen die Bolschewiki-Truppen auf dem Lande, wo sie auch die meisten deutsch-baltischen Frauen verhafteten und grausam behandeln. Die Rote Garde geht auf offiziellen Befehl aus Reval in dieser bestialischen Weise vor. Die deutsche Bevölkerung steht vor der Vernichtung. Auch die Esten, Letten und Juden leiden entsetzlich unter den Maßnahmen der entmenschten Haufen. Die ganze Bevölkerung ohne Unterschied der Nationalität ist von unsäglicher Wut gegen die Maximalisten erfaßt und erwartet sehnsüchtig den deutschen Vormarsch zur Befreiung aus ihrer katastrophalen Lage. Selbst ein russischer General erklärte vor einigen Tagen einem deutschen Offizier, im Falle eines deutschen Vormarsches würde er mit seiner ganzen Division, die allerdings nur noch aus einem kleinen Häuflein ohne Geschütze bestehe, zu den Deutschen übergehen.

Der Vormarsch der 8. Armee dehnte sich bereits am ersten Tage auf 75 Kilometer Frontbreite aus und vollzog sich völlig planmäßig. Die Truppe, vom Wunsche beseelt, dem leidenden Lande schnellstens Hilfe zu bringen und Tausenden von vergewaltigten Menschen Leben und Freiheit zu retten, kennt keine Müdigkeit. Die Rigaer Einwohnerschaft gab ihnen heiße Segenswünsche für ihre Stammesgenossen in ganz Livland und Estland mit, die man in größter Gefahr und völliger Verzweiflung weiß. Der systematische streifenweise erfolgende deutsche Vormarsch wird nach allgemeiner Ansicht der Bevölkerung von Riga und ganz Kurland in den befreiten Gegenden ein unbeschreibliches Aufatmen hervorrufen und die endliche Erfüllung des lange gehegten dringenden Wunsches in letzter Stunde bringen. (W. T. B.)

*

Ueber den Vorstoß in die Ukraine heißt es im offiziösen Bericht: Am 21. Februar war die Linie Luniez—Rowno überschritten und damit die wichtige transversale Bahnverbindung Baranowiczi—Rowno in deutschen Händen. Bolschewistische Banden leisten nur geringen Widerstand. Die Vorräte, die allerorten aufgefunden und damit vor der Zerstörung durch die bolschewistischen Banden geborgen werden, übersteigen die Erwartungen. Die besetzten Bahnen sind bereits in Betrieb genommen. An der noch fehlenden Strecke zwischen der deutschen und russischen Bahnlinie, zwischen den Orten Holoby und Perespa wird fieberhaft gearbeitet. Die große Landstraße nach Luck ist bereits über die trennenden Schützengräben hinweg fertiggestellt. Im Raume von Kowel wird der Grundstock zu einer nationalen ukrainischen Armee gelegt. Die erste ukrainische Division, deren Führer, Stabsoffiziere und Mannschaften aus ehemaligen Kriegsgefangenen bestehen, ist bereits in der Bildung begriffen.

Der Vormarsch in Livland und Esthland

Gewerkschaftliches.

Generalversammlung des Schuhmacherverbandes. Der Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands ruft seinen 17. ordentlichen Verbandstag auf Montag, dem 8. Juli, nach Würzburg ein. Auf der Tagesordnung steht neben den üblichen Berichten und Neuwahlen ein Referat des Reichstagsabgeordneten Simon über die Uebergangswirtschaft.

Tarifabschluß für das Schuhgewerbe. Am Donnerstag, dem 21. Februar, ist in Berlin nach Verhandlungen der Tarifausschußmitglieder für das Schuhgewerbe ein Tarifvertrag für die in der Fabrikation von Zivilschuhwerk beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zustande gekommen. Nach Zustimmung der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen soll der Vertrag am 15. April 1918 in Kraft treten. Wir werden über die vereinbarten Abmachungen weiter berichten.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches und Allerlei Paul Hennig; Feuilleton, Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Karl Bock; Anzeigen Wilhelm Herzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Sonntag, den 24. Februar: Wolkig, mild, später wieder Regen.

85]

Der Sonnenwirt.

Roman von Hermann Kurz.

Aber auch dem Geächteten konnten selbst seine erbittertsten Feinde mildere Herzensregungen nicht absprechen. Es war eben um jene Zeit, daß ein Eßlinger Metzgerbursche, der auf den Einkauf von Schlachtvieh in die Dörfer der Umgegend ausgesandt war, abends spät noch halb tot vor Schrecken nach Ebersbach kam und ein im Walde erlebtes Abenteuer erzählte. Er hatte in einer Dorfschenke einen Unbekannten getroffen, dessen offenes Gesicht ihm gefiel und dem er beim Weine vertraute, daß es ihm nicht wohl zumute sei mit seinem vielen Gelde abends allein durch die Wälder gehen zu müssen, wo der Sonnenwirtle hause. Sogleich erbot sich der Unbekannte, ihm das Geleite zu geben. Sie tranken noch ein Glas und machten sich auf den Weg. Als sie im dichtesten Walde ganz allein gingen und traulich miteinander redeten, blieb der Führer auf einem öden Platz am Saume eines finsteren Dickichts plötzlich stehen und hob an: „So, jetzt will ich auch sagen, wer ich bin — ich bin der Sonnenwirtle." Der Wanderer fuhr zusammen, wie vom Donner gerührt. Nachdem sich der Geächtete eine Weile an seiner Furcht geweidet hatte, sagte er: „Ich bin nicht so schlimm, wie die Leut' sagen, ich hab Euch mein Wort gegeben, und das halt' ich Euch als Mann von Ehre, ob ich auch noch so reich werden könnt' durch Euer Geld; damit Ihr Euch aber nicht unnötig ängstiget, so will ich den ganzen Weg vollends vor Euch hergehen; folgt mir nur, Ihr kommt mit einer ganzen Streifmannschaft nicht sicherer durch den Wald." Er ging voraus, und der Metzger folgte ihm heimlich zagend, aber nach einer Stunde sah er sich wohlbehalten an der Filsbrücke bei Ebersbach. Dort kehrten beide in einem einsamen Wirtshause noch einmal miteinander ein; der Metzger wollte seinem redlichen Führer ein Trinkgeld aufdrängen, dieser aber wies es mit Stolz zurück.

Neben dieser verbürgten Tatsache erzählt die Volkssage aus der gleichen Zeit einen minder sanften Zug von ihm. Auf der Landstraße, die er ungescheut zu betreten wagte, begegnete ihm einst eine arme Frau — die Sage behauptet, es sei seine eigene Schwiegermutter gewesen — und klagte ihm ihre Not, daß sie nicht einmal imstande sei, für ihre Kinder ein Spruchbuch zu kaufen. Er gab ihr sogleich das nötige Geld, und sie entfernte sich unter tausend Danksagungen. Als sie aber später den Weg zurückkam, sah sie ihn, als ob er der Wächter der Gegend wäre, an der alten Stelle ihrer warten, und erschrak nicht wenig, als er nach ihrem Korbe griff, in welchem er statt des Spruchbuches Eier fand, die sie um das Geld gekauft hatte. Ergrimmt über den Mißbrauch seines Geschenkes, schalt er sie eine Fresserin und machte sie zur Zielscheibe für die Eier, indem er mit sicherem Wurf eines um das andere an ihr zerschellte, so daß sie über und über triefend nach Hause kam.

Wie ein böser Geist schweifte er um seinen heimatlichen Flecken umher, und wenn er Leute traf, so verhörte er sie, was man in Ebersbach von ihm sage, wobei er niemals unterließ, die grausamsten Drohungen auszustoßen, so daß ihm die Sage bereits eine Menge Greueltaten andichtete, ehe er eine einzige begangen hatte. Sein von Groll und Rache umhergetriebenes Gemüt sann die wildesten Taten aus; aber das angeborene bessere Gefühl hielt seine Hand zurück.

Auch der Vogt ermüdete in seiner Verfolgung und schrieb an den Amtmann, da er mit Streifen auf dieses carcinoma doch nichts getan sei, so solle man nur noch in der Stelle Posten ausstellen und die Eingänge der Häuser, denen etwa sein Besuch bevorstehe, hinlänglich besetzen.

32.

Der letzte Schnee des Winters war gefallen und wieder gegangen. Der Frühling hatte den Wald mit dem Jauchzen der Vögel erfüllt und das Feld mit dem lichten Meere seiner Blüten überflutet; die Blüten waren gefallen, und der Waldgesang war immer dünner geworden. Die Sonne brannte stärker, und der anbrechende Sommer verhieß der harrenden Welt die Fülle seines Segens, so daß es unmöglich schien, daß inmitten des überall aufschießenden Reichtums Armut, Not, Hunger und Gier nach der Habe des Glücklicheren in der Welt vorhanden sein sollte.

Auf einem abgelegenen Hofe, der zwischen dem Hohenstaufen und dem Filstal mitten in den Wäldern von einem spärlichen Stück Feldes umgeben lag, saß eines Tages der Erbe der Sonne von Ebersbach bei dem Weibe, um dessen Besitz er so lange mit der Welt gestritten hatte, bis ihm selbst jeder Anspruch auf ein Eigentum und eine Heimat in der Welt verloren gegangen war. Mit Hilfe des Krämerchristle, der nach seinem Vornamen und einem kleinen Kramhandel so genannt wurde, hatte er sie bei einer hier verheirateten Schwester desselben untergebracht, zahlte ein kleines Kostgeld für ihren armseligen Unterhalt und kehrte von seinen Streifereien in der Gegend immer wieder zu ihr zurück. Die Hofbewohner waren ihren Feldarbeiten nachgegangen, und das Paar befand sich allein. Christine saß am Tische, wo sie ein paar rohe Lappen zusammengenäht hatte, und stützte den Kopf auf den aufgelegten Arm. Friedrich hatte sich in die Fensterecke gedrückt, wo er mit gekreuzten Armen düster vor sich hinbrütete. Die ärmliche Wohnung gewährte ihnen einen vorübergehenden Schein von Haus und Heimat, der aber freilich schnell wieder verschwand, sobald jemand von den wirklichen Insassen in die Stube trat.

Nach einem langen trüben Stillschweigen warf sie einen Blick auf seinen abgenutzten Rock, sah aufmerksam hin und rief: „Daß Gott erbarm! Du hast ja Blut am Aermel."

„Kann sein," erwiderte er, „es hat dich schon einmal unnötig erschreckt."

„Das ist aber im Winter gewesen. Frieder, Frieder, sag mir's, hast du jemand erschossen?"

„Just wie damals, wo du mich das erste Mal gefragt hast. Damals hab' ich gesagt: „Dumme Seel", freilich hab' ich einen erschossen, draußen im Wald liegt er, hat ein ledern Röcklein an und einen zackigen Hut auf'm Kopf;" und dasselbe sag' ich dir heut' wieder."

„Ja, ist denn schon wieder die Zeit, daß man einen Hirsch schießen kann?"

„Not bricht Eisen," sagte er. „Sie sind noch erbärmlich dürr, und es gehört ein guter Hunger dazu, um das Fleisch genießbar zu finden, aber im schlimmsten Fall ist wenigstens die Haut zu brauchen. Das Handwerk hat überhaupt stark nachgelassen, und ich seh' kaum hinaus, wie's weiter werden soll. Ich hab' den Winter über das groß und kleine Gewild rudelweis geschossen und die ganze Umgegend von Boll bis Gmünd damit versorgt; und da führt mir der Teufel noch den Hof daher, der mir nicht bloß die Jagd, sondern noch vielmehr den Handel verdorben hat, denn die machen dir in ein paar Tagen ein Schlachtfeld, daß man's schier verwesen lassen muß. Wildbret ist so wohlfeil und so unwert geworden, daß man mir einmal in einem Pfarrhaus ein übergelassenes Stück Hirsch vorgesetzt hat von meiner eigenen Hand. Ich hatt's den Tag zuvor geschossen und durch den Christle dahin verkaufen lassen, der's ihnen mit Müh' und Not aufgeschwätzt hat um ein Bettelgeld. Wie ich den Tag darauf vorüberkomme, ruft mir die Pfarrerin vom Fenster, ob ich nichts ums Warme ein wenig Holz spalten wolle. Ich hab's gern getan, weil mich's gefroren und gehungert hat; und wie ich dann mit Hirschbraten bin abgefüttert worden, hab' ich doch denken müssen: „die War' muß tief im Preis stehen, wenn man sie dem billigsten Taglöhner nachwirft." Hab' auch bald meine Rechnung richtig gefunden, denn beim Gretmeister in Gmünd, im dortigen Barfüßerkloster, wo sonst immer ein gutes Geschäft zu machen war, und in allen Pfarrhäusern weit und breit — nirgends ist mehr was anzubringen gewesen. Drüber ist dann die Jagdzeit ohnehin vollends zu End' gangen, aber ich besorg' mich, wenn sie auch wieder anhebt, so werden die Leut' noch satt und voll vom Weldbret sein und werden Rindfleisch vorziehen, das ich ihnen nicht schießen kann. Froh ist freilich alles in den Dörfern und auf den Höfen, wenn ich das Wild wegschieße, aber niemand zahlt mir ein Schußgeld dafür."

„Schlechte Aussicht!" sagte sie. „Und ich spür's hier wohl, daß du nicht viel ins Haus bringst."

„Sind sie wüst gegen dich?"

„Das grad' nicht, sie sind freundlicher als auf den anderen Höfen, wo du mich hinbracht hast. Deine Verbindung mit dem Christle tut mir gut bei ihnen, aber doch lassen sie mich's merken, daß du das Kostgeld die Zeit her schuldig blieben bist."

„Mach dich jetzt auf, Christine, mußt mir die Hirschhaut den Wald hinunter tragen, abgezogen hab' ich sie schon, und in der Teufelskling' versteckt, damit sie der Christle mitnehmen kann. Er kommt morgen von Rechbergshausen aus dort hinab, und von da mußt du mit ihm den Waldsteig nach Gmünd gehen."

„Das geschieht mir sauer," wendete sie weinerlich ein.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180223-16/fragment/page=0003

Walhalla-Theater. 1/8 Uhr. 4061

Heute, Sonnabend, und morgen, Sonntag:

Der Mann seiner Frau

Musik von **Rudi Gfaller,**

Sonntag 1/2 4 Uhr: **Familien-Vorstellung.**

„Der Mann seiner Frau".

60, 1.25, 1.75, 2.— Kinder: 35, 60, 80, 1.—.

Kasse Sonntags ab 10 ununterbr.

Kaffee Knäusel

Rannischestr. 7. Fernr. 4170.

Täglich erstklassiges Konzert.

Eigene :: Konditorei. ::

Wieder neu hergerichtet!

3974 **Vergrößert!**

Sonntags Frühschoppen-Konzert.

Probieren Sie meine feine Torte.

Apollo-Theater. 4058

Letzter Sonntag!

der Max Walden-Gesellschaft.

Sonnabend und Sonntag, abends 1/8 Uhr:

„Der Soldat der Marie."

Operette in 3 Akten von Bernh. Buchbinder, Jean Kren und Alfr. Schönfeld. Musik von Leo Ascher.

Sonntag, 24. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr: **Jugend- u. Familien-Vorstellung.** Zum letzten Male:

„Der fidele Bauer".

Operette in einem Vorspiel und 3 Akten von Viktor Leon. Musik von Leo Fall.

Jeder Erwachsene 1 Kind frei. 2 Kinder 1 Billett.

Billette täglich von 9—1 u. 5—1/2 7 Uhr. Sonntags ununterbrochen.

Volkspark Burgstr. 27.

Heute, Sonnabend, 23. Februar 1918, abends 8 Uhr:

Grosser bunter Abend

der Leipziger Meysel-Sänger.

Kinder haben keinen Zutritt.

Morgen, Sonntag, nachmittags u. abends: **Frei-Konzert.**

4082 Die Geschäftsleitung.

Alte Promenade 11a Fernruf 5738.

U.T

Leipzigerstrasse 88 Fernruf 1224.

Waldemar Psilander (als Schmied und als Fabrikherr) in: **Das zweite Ich** Drama in 3 Akten.

Erika Glässner in: **Gesucht ein Mann, der ein Mann ist.** Lustspiel in 3 Akten.

Erna Morena in: **Der Ring der Giuditta Foscari.** Filmspiel in 3 Abteilungen.

Trudes Geheimnis. Lustspiel in 2 Akten.

Ich suche eine Frau. Ulk in 1 Akt.

Nur **heute** noch für jedes Goldstück eine Freikarte.

Stadt-Theater Halle

Sonntag, den 24. Februar 1918, nachmittags 3 1/2 Uhr:

Volks-Vorstellung zu kleinen Preisen von 25 bis 65 Pf (einschließlich Kleiderablage).

Jahrmarkt in Pulsnitz.

Dionysischer Schwank v. W. Harlan.

Anfang 7 1/2 Uhr:

4022 (Erstaufführung).

König für einen Tag.

(„Wenn ich König wäre!")

Romantisch-komische Oper in drei Aufzügen von d'Ennery und Brésil. Musik von A. Adam. Uebersetzt und für die deutsche Bühne bearbeitet v. Paul Wolff.

---

3 Könige Varietee Kl. Klausstr. 7.

Vorzügliche Kapelle.

Glänzende Künstler.

Heute zum letzten Male die urkomische Posse: 4050

„Distelfink lässt sich scheiden."

Jeden Sonntag vormittag: **Frühschoppen.**

3784 **Achtung!** Neu! Neu!

Altenburger Hof.

Am Alten Markt. Eingang Kutschgasse.

Täglich: **Gr. Konzert** der Hauskapelle.

Um regen Zuspruch bittet Frau **F. Kampe.**

U.T

Alte Promenade IIa. 4089

Fernruf 5738. Fernruf 5738.

Sonntag nachmittag von 3—5 Uhr:

Einmalige Vorführung des Riesenfilmwerkes

Wilhelm Tell.

5 Akte. Beginn pünktlich 3 Uhr.

Jugendliche haben Zutritt.

Thalia-Theater.

Gastspiel d. Stadttheater-Personals

Sonntag, den 24. Februar 1918,

4023 abends 7 1/2 Uhr:

Pension Schöller.

Schwank von Jakoby und Laute

Neue Kapelle! Neue Kapelle!

Konzerthaus „Oberpollinger".

Ecke Gr. Ulrichstrasse. Jägergasse 1.

Täglich: **Konzert** des

Damen-Streich-Orchesters „Haustein".

3746 8 junge schneidige Damen!

Um regen Zuspruch bittet Frau **Elsa Beth.**

Heute und morgen im **Burg-Theater.** Nur allererste Theater geben 4017

Mia May, 4-Akter.

Liebes- und Sittenschlager.

Gr. Gosenstraße 12. — Kleine Preise. Außerdem: Nordischer 3-Akter-Detektivfilm.

Zoo!

Sonntag, den 24. Februar 1918, nachmittags 3 1/2 Uhr:

Konzert

vom 2002

Görlach-Orchester.

Leitung: Musikdirektor **H. Görlach.**

Eintrittspreise: Erwachsene 50 Pfg., Kinder 20 Pfg., Militär ohne Dienstgrad zahlt vormittags 10 Pfg., nachmittags 20 Pfg.

„Zum Schultheiss", Merseburgerstr. 10.

Jeden Sonntag:

Künstler-Konzert

ab 4 Uhr nachmittags bei freiem Eintritt. 3593

4024

Geld

spielt heute die Rolle, bei mir der Umsatz. Deshalb bringt zum Verkauf.

Zahle für:			Zahle für:		
Altpapier-Abfälle	100 Kilo	24 Mk.	Bücher, Zeitungen	100 Kilo	34 Mk.
Wolle	„ „	160 „	Knochen	„ „	10 „
Alten	„ „	37 „	Lumpen	„ „	15 „
Sackzeug	„ „	8 „	Weißglas	„ „	3 „
Eisen-Ofenteile	„ „	6 „	Maschinenguß	„ „	10 „
Schmiede-Eisen	„ „	5 „	Schmelz	„ „	1 „

Felle zu den gesetzlichen Höchstpreisen.

Domplatz 9. Telephon 5659. **W. Theuring,** Domplatz 9. Telephon 5659.

Nachweisbar Größtes Geschäft für Private am Platze.

Bei größeren Posten wolle man Preis-Offerten, schriftlich oder per Telephon, einholen.

Zahle stets konkurrenzlos!

Allgem. Ortskrankenkasse in Merseburg.

Dienstag, den 5. März cr., abends 8 Uhr, im „Tivoli":

Ausserordentliche Ausschuss-Sitzung.

Tagesordnung:

1. Aenderung der Satzung §§ 18, 19, 21, 23, 29, 31, 45, 47, 48, 49, 51, 79, 93.
2. Aenderung der Krankenordnung § 1. *2088

Die Herren Vertreter lade ich dazu ein und bitte diejenigen, die am Erscheinen behindert sind, dies vorher im Kassenlokal zu melden.

Merseburg, den 20. Febr. 1918.

Der stellv. Vorstandsvorsitzende Otto Dietzel.

4038

Gustav Uhlig, untere Leipzigerstr., billige, gute Bezugsquelle in vorteilhaften **Musik-Instrumenten** für unsere Krieger im Felde und Verwundeten in der Heimat. Dauerhafte, rein abgestimmte **Mund-Harmonikas,** Mandolinen, Gitarren, Wiener Zieh-Harmonikas.

Saal der Loge zu den 5 Türmen.

Montag, den 4. März cr., abends 8 Uhr:

Kammermusik-Abend

der Herren: 4029

Artur Bohnhardt (Violine), **Leo Schönbach** (Cello), **Oskar v. Pander** (Klavier), **Adolf Harlacher** (Gesang).

Mozart, Trio G-dur. **Mendelssohn,** 2 Arien aus „Elias". **Beethoven,** Romanze F-dur. **Schumann,** Dichterliebe. **Arensky,** Trio D-moll.

Konzertflügel „Blüthner". Vertreter **B. Döll.**

Karten zu Mk. 3.10, 2.10, 1.55, 1.05 in der Hofmusikalienhandlung von **Heinrich Hothan.**

Atelier Central G. m. b. H.

Gr. Ulrichstrasse 57, neben der Nordseehalle.

Werkstätten für moderne Fotografie und Vergrösserungen.

Mattbilder:

12 Visites 6.00 12 Cabinets 12.00.

Vergrösserungen auch nach alten, vergilbten Bildern, zu sehr billigen Preisen.

Geöffnet an Sonntagen 9—2 Uhr, Werktagen 8—7 Uhr.

Schnellste und sauberste Lieferung bei tadellosester Ausführung. 3459

Kopfwäsche mit Frisur **1 Mark** an.

4033 von **Hauben-Netze** Stück 1.40 Mark.

Zöpfe größte Auswahl, billige Preise. Ankauf von ausgekämmtem Damenhaar.

Zopf-Siebert, nur Leipzigerstr. 33 und 79 I.

Warnung.

Warne hiermit jeden, meiner Frau, Anna geb. Zauer, etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. 4040

Gustav Donath, Osendorf.

Möbel sind 3828 **nicht knapp!** Ueberzeugen Sie sich von der **Riesen-Auswahl** der Möbelfabrik **C. Hau...** Kl. Ulrich...

Radfahren mit „Heros" Reifenersatz **erlaubt!**

Paßt auf jedes Rad.

Glänzend beurteilt: „Die Bereifungen sind sehr befriedigend ausgefallen. S. St. i. H." — „Mit den Reifen bin ich sehr zufrieden. F. W. i. D. 2c." Preis 1 Paar Mk. 15. u. Porto. Verp. Nachn. 12 Mk. Vertreter gesucht. - Prospekt gratis.

„Heros" G. m. b. H., Berlin V. 32, Taubenstr. 31. F

Hohe Schafwolle kaufen 3685

Gebr. Danglowitz, Fischerplatz 2. Tel. 1178.

Lieferer der Kriegswoll-Aktien-Gesellschaft.

Sommersprossen kann jeder in 10 Tagen gänzlich beseitigen. Auskunft kostenlos gegen Rückmarke. *2082 Fr. Ernst Brandenburg-Loessin, Berlin N63.

„Nun kann ich drauf. les marschieren!" mit einer **Platt-, Senk- oder Hohlfuss-Einlage** von 3417 **C. Kloppenbach,** Gr. Ulrichstr. 41.

Lumpen, Knochen, Eisen, 3400 **Metalle, Papier** kauft Große **Albert Bode jun.,** Kleiststr. 22.

Partei-Schriften empfiehlt die Volks-Buchhandlung.

Wir oder Wir?

Vorzügliches Lehrbuch der deutschen Sprache. M. 1.55. Nachtrco. **Verlag Schwarz & Co. Berlin 14.** *2089

Konsum-Krawatten für Steh- und Umlegekragen. Tadelloser Sitz. Vornehme Muster. Vorzüglich im Tragen. Stück 2.00, 5 Stück 7.00.

Bauerwäsche-Vertrieb, **Kl. Berlin 2, 1 Treppe.** 4021] Ecke Sternstrasse.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180223-16/fragment/page=0004

Kautsky gegen Volksabstimmungen.

Von **Karl Kautsky.**

Unter diesem Titel veröffentlicht die J. K. (18. Februar) eine Darlegung, in der sie darauf hinweist, ich hätte in meiner Schrift über Parlamentarismus und Demokratie an der Idee der direkten Gesetzgebung durch Volksabstimmung Kritik geübt, und sie schließt daraus:

„Wenn die Unabhängigen jetzt so tun, als ob jeder, der sich gegen Volksabstimmung im östlichen Grenzgebiet wendet, ein verruchter Reaktionär und Kriegsverlängerer sei, braucht man sie nur auf den Standpunkt ihres Theoretikers Kautsky hinzuweisen."

Die J. K. sucht mich also als Vorspann für die von ihr unterstützten Annektionsgelüste „im östlichen Grenzgebiet" auszunutzen. Um dies zu erreichen, beruft sie sich auf eine Schrift, in der ich von der Frage von Volksabstimmungen bei Grenzveränderungen gar nicht handle, sondern von der davon gänzlich verschiedenen Frage, ob die Volksabstimmung bei der Gesetzgebung das Parlament ersetzen kann. In jenen meiner Schriften, in denen ich die Frage der Sanktionierung von Grenzveränderungen untersuchte, habe ich mich ausdrücklich für die Volksabstimmung ausgesprochen.

So führe ich z. B. in meiner Broschüre über Die Befreiung der Nationen aus:

„Kein Gebiet soll gegen den Willen seiner Bevölkerung gezwungen werden, seine staatliche Zugehörigkeit zu ändern. Das ist ein absolutes Gebot internationaler Demokratie. Die Völker sollen aufhören, Schafherden zu sein, über die die Machthaber nach Belieben verfügen. . .

Wie aber den Willen der betroffenen Bevölkerung feststellen? Dafür gibt es bloß ein Mitel: man befragt sie. Man hat dieses Mittel verdächtigt, weil es von Napoleon III. für seine dynastischen Zwecke ausgebeutet worden war, aber ein anderes Mittel, den Willen der Bevölkerung zu erkunden, ist nicht genannt worden und kann nicht genannt werden. Wer es ablehnt und doch Grenzveränderungen fordert, oder rechtfertigt, redet der bloßen Eroberungspolitik das „Wort" (S. 52, 53).

Ich glaube, das ist so deutlich, daß schon eine eiserne Stirn dazu gehört, mich in der Frage der Volksabstimmung bei Grenzveränderungen in einen Gegensatz zu meinen Parteigenossen zu bringen. — Im gleichen Sinne äußerte ich mich in der Broschüre über Elsaß-Lothringen, wo ich unter anderem die Argumente der Annektionisten von 1870 gegen die geforderte Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen kritisch beleuchte (S. 52 ff.).

Ich habe übrigens in meinem Büchlein über den Parlamentarismus auch die Volksabstimmung für Zweck der Gesetzgebung nicht verworfen, sondern nur vor übertriebenen Illusionen gewarnt und es für unmöglich erklärt, die Parlamente für diese Zwecke völlig auszuschalten. Ich komme dort zu dem Schlusse:

„Die direkte Gesetzgebung durch das Volk kann nur in jenem Sinne noch in Frage kommen, in dem sie in der Schweiz bereits besteht, in dem sie auch das Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie fordert: nicht als Mittel, als Repräsentativ-System zu beseitigen, sondern nur als Mittel, es demokratischer zu gestalten, es der Kontrolle der Bevölkerung mehr zu unterwerfen" (2. Aufl. S. 122).

Als ich dann über die „Befreiung der Nationen" schrieb, schwante mir gleich, daß Leute vom Kaliber der J. K. meine Kritik an der Volksgesetzgebung gegen die Sanktionierung von Grenzveränderungen durch Volksabstimmungen ausschlachten würden, und ich habe dort daher ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das zwei sehr verschiedene Dinge sind:

„Auch in einer entwickelten Demokratie wird die Gesetzgebung und Kontrolle der Regierung nie durch Volksabstimmungen, sondern stets nur durch Parlamente besorgt werden. Die Volksabstimmung kann bloß den unerläßlichen äußeren Druck auf das Parlament in ein System bringen. Aber bei der Abstimmung über eine Annektion handelt es sich nicht um ein kompliziertes Gesetz, sondern um einen einfachen Sachverhalt, der jedermann ohne weiteres klar, auf den bloß mit Ja oder Nein zu antworten ist."

Es versteht sich von selbst, daß das Parlament, das mir neben der Volksabstimmung für Zwecke der Gesetzgebung und Regierungskontrolle unerläßlich erscheint, bei vollster Freiheit der Bevölkerung auf Grund des demokratischen Wahlrechts gewählt sein muß. Jene Körperschaften, die aus den „östlichen Grenzgebieten" heute den Anspruch erheben, im Namen der Bevölkerung zu sprechen, haben mit einem derartigen demokratischen Parlament ebensoviel gemein, wie die J. K. mit Ehrlichkeit und Sozialismus.

Nach alledem wird sie schon auf das Vergnügen verzichten müssen, mich als Schwurzeugen für ihre Eroberungspolitik gegen die Unabhängige Sozialdemokratie auszuspielen. Sie mag nur wieder dazu übergehen, mich zu beschimpfen und herunterzureißen. Das entspricht ihrer Wesensart und unserem tatsächlichen Verhältnis viel besser.

Die Londoner Sozialistenkonferenz.

In der Eröffnungssitzung der Interalliierten Arbeiterkonferenz in London wurde beschlossen, daß die Abgeordneten der Italia Irredenta, Bosniens, Rumäniens und Südafrikas an den Verhandlungen mit beratender Stimme teilnehmen dürften. Es wurde beschlossen, fünf Kommissionen zu bilden, erstens für den Völkerbund, zweitens für territoriale Fragen, drittens für wirtschaftliche Fragen, viertens eine Kommission, die die Mitteilungen an die Oeffentlichkeit zu revidieren haben wird. Eine fünfte Kommission wird zu beraten haben, ob es wünschenswert sei, eine internationale Konferenz einzuberufen und unter welchen Umständen eine solche zusammenkommen müßte. Ferner soll diese Kommission über Schritte beraten, um die Vertretung der Arbeiterklassen auf der offiziellen Friedenskonferenz zu sichern, und darüber, ob zu gleicher Zeit mit der offiziellen Friedenskonferenz ein internationaler Arbeiterkongreß einberufen werden soll.

Die englische unabhängige Arbeiterpartei, die ausgesprochen sozialistisch und international ist, nimmt an der Londoner Konferenz nicht teil, weil sie infolge eines Beschlusses der (liberalen) Arbeiterpartei und des Gewerkschaftskongresses kein Recht auf besondere Vertretung auf der internationalen Konferenz habe. Anderson und Jowett, die beide zu der unabhängigen Arbeiterpartei gehören, waren durch den Ausführenden Rat der Arbeiterpartei zu Vertretern auf der Konferenz der Entente-Sozialisten gewählt, aber weil sie dort den Standpunkt der (liberalen) Arbeiterpartei und nicht ihren eigenen einnehmen sollten, haben sie abgelehnt. Ramsay Macdonald nimmt an der Konferenz teil, aber nicht als Mitglied der unabhängigen Arbeiterpartei, sondern als Schatzmeister der (liberalen) Arbeiterpartei.

Der Progres de Lyon berichtet: Bei dem Empfang der Abordnung der englischen Arbeiterpartei durch französische Sozialisten habe eine Aeußerung Huysmans Sensation erregt. Er sagte, daß in London in nächster Zeit die Sozialisten an das Ruder gelangen würden. Wer die Verhältnisse in England kenne, wisse, wie ernst es um die Alliierten stehe.

England.

Die Schwierigkeiten der einheitlichen Heeresleitung.

London, 19. Februar. Ministerpräsident Lloyd George sprach im Unterhause in langen Ausführungen über den Rücktritt des Generalstabschefs Robertson. Er sei erfolgt, weil sich Robertson den Versailler Beschlüssen aus militärischen Gründen nicht fügen wollte. Lloyd George betonte die Schwierigkeiten, das Zusammenwirken der Verbündeten zu sichern. Weitere Schwierigkeiten beständen in dem Nationalgefühl, der historischen Ueberlieferung und dem Argwohn. Festes Vertrauen unter den Verbündeten sei die Seele des Sieges, und er trete wie stets dafür ein. Man hatte den Plan wieder und wieder erörtert in dem einen Wunsche, daß die gesamte konzentrierte Kraft aufgeboten würde, um dem schrecklichsten Feind, dem die Zivilisation jemals gegenüberstand, Widerstand zu leisten und ihn niederzuschlagen. Der Feind hat die gemäßigten Friedensbedingungen, die jemals gestellt worden sind, zurückgewiesen. Sie waren so gemäßigt, daß die gesamte Zivilisation sie als vernünftig angenommen hat. Weshalb sind sie nicht angenommen worden? Weil der Feind offenbar überzeugt war, daß der russische Zusammenbruch es in seine Macht gegeben habe, einen militärischen Sieg zu erringen und die preußische Herrschaft Europa gewaltsam aufzuerlegen. — Lloyd George forderte das Haus auf, alle Streitigkeiten zu begraben und sich fest zusammenzuschließen. Wenn diese Politik, die von den Vertretern der großen Verbündeten mit voller Ueberlegung angenommen sei, sich dem Hause nicht empfehle, so sollte es sie schnell umstürzen und eine Regierung einsetzen, die erklärte, sie nicht annehmen zu wollen. Aber es müßte eine andere Regierung sein.

Der Militärkritiker Oberst Repington und der Herausgeber der Londoner Morning Post Gwynne wurden wegen des Artikels in der Morning Post vom 11. Februar zu je 100 Pfund Sterling (2000 Mark) verurteilt.

England in Persien. Der Führer der persischen Konstitutionellen Partei und ehemalige Vizepräsident des persischen Parlaments Prinz Saliman Mirza ist auf persischem Boden durch den englischen Konsul in Kermanschah festgenommen und als britischer Gefangener abtransportiert worden. Die jedem Rechtsgefühl ins Gesicht schlagende Verhaftung des angesehensten persischen Politikers hat in ganz Persien die größte Empörung ausgelöst.

Rußland.

Wahlen für die neue Verfassungsversammlung. Petersburg, 22. Februar. Die Wahlen zur russischen Konstituante wurden für den 28. bis 30. März ausgeschrieben. Der Kongreß der Sowjets hat sich vertagt, nachdem das Präsidium der Sowjets der Regierung unbeschränkte Vollmachten erteilt hat.

Romanow soll dem Strafgericht entwischen? Nach einer Petersburger Depesche soll der Vollzugsausschuß der Sowjets der Abreise der ehemaligen Zarenfamilie ins Ausland keine Schwierigkeiten mehr in den Weg legen wollen.

Drangsalierung des russischen Botschafters. London, 22. Februar. Der Agent der Bolschewiki, Litfinow, erhielt die Anweisung, seine Wohnung in der Victoria Street, die er seine Botschaft nennt, zu verlassen. In dem Mietkontrakt war eine Bestimmung aufgenommen worden, wonach es ihm verboten war, die Zimmer zu Propagandazwecken zu benutzen.

Finnland.

Ueber die Kämpfe besagen Meldungen, daß finnische Regierungstruppen bei Varpanen nördlich von Kouvolo einen Sieg über die Roten Gardisten erfochten haben. Die Russen räumten größtenteils Björneborg. In Wiborg kamen Massen russischer Roter Gardisten mit Artillerie, Maschinengewehren, Panzerautos und Panzerzügen an. — 5000 schwedische Finnen sollen auf einer finnischen Schäreninsel von Roten Gardisten umzingelt und dem Hungertode verfallen sein.

Politische Uebersicht.

Anfrage über v. Kühlmanns Irrtum.

Die Abgeordneten Genossen Geyer und Ryssel haben folgende Anfrage im Reichstag gestellt:

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß, nachdem der Herr Staatssekretär v. Kühlmann in Brest-Litowsk erklärt hat, in Deutschland bestünde keine Vorzensur, verschiedene Zeitungen in Deutschland, darunter auch die Leipziger Volkszeitung, unter Vorzensur standen oder gestellt sind?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um den Widerspruch zwischen der Erklärung des Herrn Staatssekretärs von Kühlmann und den genannten Tatsachen aufzuklären?

„Vorläufig" gegen das gleiche Recht.

Nach ihrer Heldentat, das gleiche Wahlrecht in der Kommission zu Fall zu bringen, ist den Nationalliberalen höchst flau zumute. Blätter wie die Kölnische Zeitung geben der nationalliberalen Landtagsfraktion deutlich zu verstehen, daß sie durch ihre Haltung die Partei vollkommen ruiniert. Die parteiamtliche Nationalliberale Korrespondenz klagt, die Nationalliberalen seien „überrascht" worden, weil sie erwartet hätten, daß auch zwei oder drei Zentrumsabgeordnete ihre Wahlrechtsfeindschaft mitmachen würden. Sie versichert dann eifrig, daß noch keine endgültige Entscheidung gefallen sei.

„Es verdient betont zu werden, daß die Abstimmung unter allen Umständen nur einen vorläufigen Charakter trägt, da die endgültige Haltung der Fraktion von der Gestaltung des dritten bisher noch unberatenen Gesetzentwurfes über die Befugnisse des Herrenhauses abhängig sein wird."

Die Nationalliberale Korrespondenz redet dann der Regierung gut zu, eine Verständigung zu suchen, denn beim Scheitern der Vorlage würde eine maßlose „Verhetzung" einsetzen. Dessen können die Herren Nationalliberalen allerdings ganz gewiß sein. Sie hätten nur selbst nicht erst die Gefahr des Beseitigens des gleichen Wahlrechts heraufbeschwören sollen.

Immerhin zeigen diese Stimmen, daß die Nationalliberalen sich anscheinend das Scheitern der Wahlreform noch überlegen wollen. Die Regierung hat nochmals in der Kölnischen Zeitung erklärt, daß sie vom gleichen Wahlrecht keinesfalls abgehen werde. Ob das auf die Herrschaften Eindruck machen wird, steht dahin.

Neue Kriegsgerichtsurteile.

Berliner Blätter berichten: Wegen versuchten Landesverrats waren der Betriebsmeister Joseph Nowczinski und die Arbeiterinnen Frau Johanne Graul und Frau Alma R[illegible] angeklagt. Sie waren in der mit Kriegsarbeiten beschäftigten Fabrik von F. Troitsch in Tempelhof angestellt und hatten, als der Streik dort ausbrach, auch die Arbeit niedergelegt. Der erste Angeklagte hatte als Drahtseilermeister eine gewisse bevorzugte Stellung, die beiden Frauen verdienten täglich 10 bis 12 Mark. Für die streikenden Arbeiter war nachmittags eine

---

Die Eroberung Straßburgs.

Eine Erinnerung an August Bebel, gewidmet von Adolf Geck.

Am 22. Februar waren 78 Jahre verflossen, seit August Bebel zu Köln geboren wurde. Zu Ehren des feurigsten unserer Kämpfer für die Freiheit sei heute an die politische Gewinnung Straßburgs durch die anstürmende Sozialdemokratie erinnert. Es geschah vor einem Vierteljahrhundert.

Am 6. Mai 1893 fiel im Reichstag mit 210 gegen 162 Stimmen die Militärvorlage. Von ihr hieß es im Kampfaufruf der 36 Sozialdemokraten unserer Fraktion des heimgejagten Reichsparlamentes, daß sie „die auf den Schultern des arbeitenden Volkes lastenden Gut- und Blutsteuern ins Unerträgliche zu steigern drohte". Geschlossen stimmte nur die sozialdemokratische und volksparteiliche Fraktion dagegen, die Konservativen dafür. Der größte Teil des Zentrums entschied für die Ablehnung der Militärvorlage.

Der Vertreter des ersten Hamburger Kreises, August Bebel, war auch von der roten Arbeiterschaft Straßburgs aufgestellt worden. Das großindustrielle Mülhausen hatte schon seinen sozialdemokratischen Reichsboten. Bebel nahm in beiden elsässischen Großstädten persönlich am Wahlkampfe teil. — Es war der 2. Juni 1893, als durch das ehrwürdige Straßburg die Botschaft mit Sturmeseile sich verbreitete: heute trifft August Bebel ein, der Reichstagskandidat der Sozialdemokraten. Auf zwei Uhr des Sonntagnachmittags war die Volksversammlung in Hämmerles Garten vor dem alten Spitaltore der „wunderschönen Stadt" anberaumt, um den berühmten Führer der sozialistischen Arbeiterschaft dem Volke als Redner zu zeigen.

Bei Augusts Eintreffen war der weite Platz vor dem Hauptbahnhofe mit einer großen Menge angefüllt. Die Hochrufe des begeisterten Volkes hallten wie Böllersalven über die Stadt Straßburg. Eine Menschenmasse wälzte sich durch die Straßen, aus allen Fenstern grüßten die Frauen, aus den Türen traten neue Begleiter in den Demonstrationsumzug. Von dem Plateau des Münsters grüßten wehende Tücher. — Wie nicht anders zu erwarten war, verbot die preußische Polizeigewalt Straßburgs im Namen des ehrwürdigen napoleonistischen Diktaturgesetzes die Volksversammlung. Eine auf zehn- bis zwanzigtausend Demonstranten geschätzte Schar, die am Nachmittag dem sozialdemokratischen Kandidaten glänzende Ovationen bereitete, schob sich in lebensgefährlichem Gedränge bis zur Station der Straßenbahn, wo Bebel zur Fahrt über den Rhein einstieg. Die Polizei benahm sich außerordentlich zurückhaltend. Später aber beschlagnahmte sie Plakataufrufe, die Bebels Wahl empfahlen, und verhaftete mehrere Ankleber, weil sie keine Erlaubnis eingeholt hatten.

Es sollte auf der rechten Seite des Rheins bei Kehl im liberalen Lande Baden eine improvisierte Wanderversammlung stattfinden. In Massen pilgerten daher unsere Straßburger Genossen über die Rheinbrücke nach Neumühl, wo der mutige Demokrat Butz, der Sonnenwirt, uns immer eine Freistätte im Saal oder Garten gewährte. Die badische Gendarmerie duldete aber die Ansammlung nicht. — August Bebel verabschiedete sich dann von den Straßburgern. Auf der großen Landstraße, welche die Römer vom alten Argentoratum durch das üppige Hanauerland der Rheinebene zum Schwarzwald bauten, zogen zwei Wanderer nach Offenburg. Es war August Bebel und der Schreiber dieser Erinnerung. In dreistündigem Pilgerlauf bei vertraulichem Gespräche mit dem großen Lehrer und väterlichen Freund gewann der Cicerone des mitteilsamen Bebel auf der Landstraße durch die fruchtgesegneten Gefilde und reichen Dörfer der nationalliberalen Domäne unauslöschliche Eindrücke. Im neuerbauten Tuskulum, dem sogenannten Zwergenhäuschen seines Offenburger Geleitmannes das noch keinen Menschen beherbergt hatte, brachte Bebel die Nacht vom 2. zum 3. Juni 1893 zu. Die Stadt Offenburg war festlich geschmückt mit Fahnen und Kränzen. Dem Großherzog von Baden, nicht dem Revolutionär Bebel zu Ehren, hatte sich das ehemalige Freischärlerstädtchen herausgeputzt. Die Enthüllung des Kriegerdenkmals gab dem politisch tätigen Landesvater den willkommenen Anlaß, eine Wahlrede gegen die Sozialdemokrate zu halten, wie er's schon am 14. Mai zu Heidelberg getan hatte. Bebel spielte auf einem Parteitag diese politische Gegnerschaft des badischen Landesvaters geschickt gegen die Hofsängerei der Karlsruher Landtagsfraktion aus. Im Saalbau zu Mannheim kämpfte Bebel noch für die Rettung des Dresdener Mandats, das aber an Bassermann verloren ging. Die Stadt Straßburg vertrat zuletzt der klerikale Dr. Müller-Simonet, ein Gegner der Militärvorlage. Diesem Abbé machte der nationalliberale Bankier Dr. Petri das Mandat streitig.

Der 15. Juni brachte die freudige Ueberraschung: Bebel steht mit über 6000 Stimmen in der Stichwahl mit Petri, der gegen 7000 erreicht hat. Bei den 3300 Klerikalen stand die Entscheidung. Die Festungsstadt Straßburg war bereit, politisch vor der Sozialdemokratie zu kapitulieren. Was der 15. Juni flott vorbereitete, der 22. Juni vollendete den Sieg der roten Fahne. Unsere Straßburger Genossen leisteten das schwere Werk. Bebel wurde gewählt. Der Druck der Diktatur und des kapitalistischen Bonzentums machten es der Sozialdemokratie ungeheuer schwer, den Stichwahlkampf mit gesetzlichen Mitteln auszufechten. Auch die Klerikalen mußten die Zuchtrute fühlen, ihr katholischer Verein Fedelta wurde aufgelöst, da er sich an der Agitation für Bebels Wahl beteiligt haben sollte. Der Polizeipräsident Feichter — schönsten Angedenkens — erklärte das Verhalten des Vereins als landesverräterisch.

Noch gab sich die herrschende Gesellschaft der Erwartung hin, Bebel werde seinen Hamburger Stammsitz, der ihm mit 16 300 Stimmen ohne Kampf zugefallen war, nicht aufgeben. Das mit über 8000 Stimmen durch Bebel ihr entrissene Straßburg würde dann durch eine Nachwahl wieder für die Fraktion gewonnen werden. Bebel vereitelte diese Hoffnung, unsere Hamburger Genossen gestatteten ihm gern die Gastrolle in Straßburg. Als die rote Garde sich in der Festung tüchtig vermehrt hatte, überließ später Bebel den Jungen das Mandat. Zur Reichstagswahl 1912 sprach der Alte zum letzten Male in Straßburg. Er tat es, wie er mir sagte, mit schwerem Herzen, denn die Politik derer um Georg Weill und Böhle war nicht mehr nach Bebels Geschmack.

Im Sommer 1893 hat sich die politische Prophetie erfüllt, die im Liede Des Staren Rache angekündigt war:

„In der Freiheit atmet des Staren Brust
Da regt sich erst mächtig zum Singen die Lust.
Er lehret sein Lied allen Brüdern, den Staren,
Die lehren's den Drosseln, den Amselscharen
Dann brüten sie Junge und lehren sie . . ."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180223-16/fragment/page=0005

Versammlung anberaumt, die aber nicht stattfinden durfte. Nun zogen die Arbeiter, etwa 30 bis 40 Personen stark, nach dem Tempelhofer Feld hinaus, und dort wurde unter freiem Himmel eine Versammlung abgehalten, in welcher der sehr redegewandte Nowezinski eine Ansprache an die Arbeiter hielt. Er machte allerhand politische Gründe für die Notwendigkeit des Streiks geltend, machte Mitteilungen über gänzlich aus der Luft gegriffene angebliche Vorgänge an der Front usw. In Privatgesprächen mit arbeitswilligen Arbeitern erklärte er u. a.: „Streikbrechern gebe ich nicht die Hand“ und: „Schämt ihr euch nicht, Leuten, die für den Frieden streiken, in den Rücken zu fallen?“ Die beiden Frauen, die im Arbeiterausschuß der Fabrik saßen, haben, wie das Gericht für erwiesen ansah, Streikposten gestanden und sich bemüht, Arbeiterinnen, teilweise unter Drohung, von der Arbeit abzuhalten. Das Gericht erkannte gegen N. auf zwei Jahre Festungshaft, gegen die Frauen auf je vier Monate Festungshaft.

Gleichfalls auf versuchten Landesverrat lautete die Anklage gegen die Dreher Paul Mohr, Wilhelm Liegner und Otto Hoffmann. Auf einen Kollegen, der die Arbeit wieder aufgenommen hatte, haben die Angeklagten einzuwirken versucht, damit er die Arbeit niederlege, und als ihnen dies nicht gelang, ihn als „Streikbrecher“, „Schwindler“ und dergl. beschimpft. Das Gericht hielt diesen Tatbestand durch die Aussagen des Belastungszeugen für erwiesen und verurteilte die Angeklagten zu je sechs Monaten Gefängnis.

Kleine politische Nachrichten.

Verkehrsnöte. Bei der Beratung des Eisenbahn-Etats im Hauptausschuß des Abgeordnetenhauses erklärte Minister von Breitenbach: Für 1917 wird beim Güterverkehr ein Minderertrag von 265 Millionen, vielleicht noch mehr, vorhanden sein. Die Gesamteinnahmen im Personenverkehr betragen 1917 25 Prozent mehr als 1913. Diese Verkehrssteigerung muß die Verwaltung mit schlechterem Material und minderwertigen Kräften bewältigen. 214 000 Beamte und Arbeiter stehen an der Front und in den besetzten Gebieten. Die Züge sind heute viel schwerer zu fahren. Bezüglich des Personenverkehrs kann der Minister für die nächste Zeit eine Erleichterung nicht in Aussicht stellen. Der Güterverkehr darf nicht eingeschränkt werden. Die Zunahme der Diebstähle ist erschreckend.

Aus der Provinz.

Eine Verfügung des stellv. Generalkommandos Magdeburg,

die wir in der Provinzpresse abgedruckt finden, lautet:

„Gemäß § 4 des Gesetzes über den Belagerungszustand verleihe ich den Leitern der Militärpolizeistellen Magdeburg und Halle die Berechtigung, in Spionage-, Sabotage- und ähnlichen Fällen die Postbehörden um Auskunft über Brief-, Telegramm- und Telephon-Verkehr der beteiligten Personen zu ersuchen.

Magdeburg, den 18. Februar 1918.

Der stellv. Kommandierende General.
Sontag, Generalleutnant.

Merseburg. Zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs ist städtischerseits beschlossen worden, bei der Stadtsparkasse neben dem Scheck- und Ueberweisungsverkehr auch den Scheckverkehr auf Sparguthaben einzuführen. Ab 1. April überweist die Stadt für ihre Beamten sämtliche Gehälter auf diesem Wege und hofft, daß die anderen Behörden in Merseburg diesem Beispiel folgen werden.

— Tödlich verunglückt ist im Hausgrundstück Christianenstraße 16 der zwölfjährige Gymnasiast Horst Jacob, einziger Sohn des Buchhalter R. Jacob, Hallesche Straße 63 wohnhaft. Der Junge befand sich mit seiner Mutter beim Wäscherollen und geriet durch einen unglücklichen Zufall zwischen die elektrisch betriebenen Lastzüge. Die Quetschungen, namentlich des Kopfes, waren derart schwere, daß der Tod des bedauernswerten Knaben sofort eintrat.

— Die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten am Montag hat u. a. folgende Tagesordnung zu erledigen: Wahl von Mitgliedern in die Wohnungsdeputation. Entlastung der Jahresrechnung 1913 der Sparkasse. Entlastung der Rechnung des Elektrizitätsneubaues. Anstellung einer Fabrikpflegerin. Beitritt der Stadtgemeinde zur Ruhegehaltskasse der Kommunalverbände der Provinz. Feststellung der Haushaltspläne: a) der allgem. Verwaltung, b) der Schulverwaltung, c) des Altersheims, d) des Andreasheims, e) der Stiftungen und Vermächtnisse, f) des Bergerschen Stipendienfonds, g) der Sparkasse.

Delitzsch. Ein Schwindler. Ein sich „Berufsgeflügelzüchter und Fachschriftsteller“ nennender Mann namens Karl von Thaden, zurzeit in Delitzsch wohnend, bot vor einiger Zeit Zuchtgeflügel in den Zeitungen zum Verkaufe an. Ein Landwirt des Kammerbezirks Halle ist auf dieses Angebot eingegangen und hat eine Bestellung gemacht. Postwendend erhielt er die Aufforderung zur Einsendung einer Anzahlung von 40 Mk.; er ist dieser Aufforderung nachgekommen und hat auch die Bestätigung des Geldeingangs empfangen. Dann aber ließ Thaden nichts mehr von sich hören. Erst auf die dringende Aufforderung zur Lieferung der bestellten Tiere schrieb Thaden, daß er nicht liefern, noch auch das Geld zurückzahlen werde: gerichtliche Klagen seien überflüssig, weil er nichts habe. Da bei der Königlichen Amtsanwaltschaft in Delitzsch bereits ein Strafermittlungsverfahren aus ähnlichem Anlasse gegen den mehrfach genannten Karl von Thaden schwebt, sei den Landwirten empfohlen, soweit sie zu den Geschädigten gehören, auch ihrerseits bei der vorgenannten Behörde zu Delitzsch Strafanzeige zu erstatten.

Eilenburg. Die Ausgabe der Zuckerkarten erfolgt in der Woche vom 25. Februar bis 2. März 1918 in der Reihenfolge der Butterabholung im Nahrungsmittelamt I. Lebensmittelkarten sind vorzulegen.

Mühlberg. Vom Tode des Ertrinkens gerettet. Der zehnjährige Sohn des Kriegsteilnehmers Krippganz brach auf dem schwachen Eise der alten Elbe ein und wäre zweifellos ertrunken, wenn nicht der zufällig vorüberfahrende Sohn des Viehhändlers Christen sofort entschlossen das Rettungswerk mittels einer Leiter unternommen hätte. Aerztliche Hilfe brachte den bereits bewußtlos gewordenen Knaben wieder zu sich.

Wittenberg. Zur Begründung einer Luthergesellschaft, die Prof. Eucken-Jena angeregt hatte, fand am 15. Februar in Wittenberg, als dem in Aussicht genommenen Sitz der Gesellschaft, eine Vorbesprechung statt. Vertreter der Wittenberger Bürgerschaft sprachen sich einstimmig dafür aus, auch wurde bereits eine beträchtlich hohe Stiftung für die Gesellschaft gemacht. Im Frühjahr soll in Wittenberg die Gründung der Gesellschaft erfolgen. Zu ihrer Vorbereitung wurde ein Ausschuß gewählt.

— Diebstähle. Der in der Dessauer Straße 115 hier wohnenden Frau Anna Stahlschmidt geb. Tilger aus Bunzlau sind in der Nacht zum Donnerstag aus dem verschlossenen Keller sieben Büchsen eingeweckte hausschlachtene Wurst im Werte von 33 Mk. gestohlen worden. Von den Dieben fehlt bisher noch jede Spur. Weiter wurden bei der Frau Anna Stäuber, Kollegienstraße 78, ein Posten Wäsche und Kleidungsstücke gestohlen. Da der Diebstahl bald bemerkt und rechtzeitig zur Anzeige gebracht worden war, gelang es der Polizei die Diebin zu ermitteln und ihr die Sachen wieder abzunehmen.

— Der verschwundene Leim. In einem größeren industriellen Werke war ein Posten Leim verschwunden. Auf erstattete Anzeige wurde bei einem hiesigen Gewerbetreibenden eine Durchsuchung vorgenommen und wurden dabei größere Mengen Leim vorgefunden und beschlagnahmt.

Gallin. Schwere Brandwunden zog sich eine Frau H. von hier zu. Sie hatte zum Schmerzstillen ihren Körper mit Spiritus eingerieben und sich an den glühendheißen eisernen Ofen gesetzt. Dabei fing die noch von Spiritus feuchte Hand Feuer, das sich auf den Körper übertrug und die von Spiritus durchtränkte Haut entzündete, so daß sie sofort in Flammen stand. In ihrer Angst lief die Brennende auf den Flur hinaus und schrie nach Hilfe. Durch die Zugluft war das Feuer noch gesteigert worden und nur mit Mühe konnten die Flurnachbarn die Unglückliche vor dem Verbrennen retten. Die Verletzungen sind zum Glück nicht lebensgefährlich, aber doch so schwer, daß die Kranke nach Wittenberg ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

Naumburg. Erfolglose Berufung. Das Reichsgericht hat die Berufung des Maschinenwärters Reinhold Krug aus Nisma verworfen, der vom hiesigen Schwurgericht am 10. Dezember 1917 zum Tode verurteilt worden ist, weil er in der Nacht zum 16. Juni v. J. den Schulknaben Friedrich Keidel ermordet hatte.

Jena. Die Wohnungsbeschaffung wird hier sehr rege betrieben. Hier besteht bereits eine Baugenossenschaft, eine Heimstättengenossenschaft und eine städtische Wohnungskolonie. Jetzt wird auch ein Beamtenwohnungsheim in Form einer Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht gebildet. Die Gründungsversammlung ist bereits einberufen worden.

Halberstadt. Bestrafter Kümmelwucherer. Der Samenhändler, jetzt Landsturmmann Theodor Rat in Quedlinburg hatte wegen übermäßiger Preissteigerung beim Verkauf von Kümmel einen Strafbefehl über eine hohe Geldstrafe bekommen, weil er fünf Zentner für 15 000 Mark zum Kauf angeboten hat, während der angemessene Preis 2500 Mark sein sollte. Er erhob Einspruch, wurde aber vom Schöffengericht zu 6250 Mark Geldstrafe, oder für je 15 Mark ein Tag Gefängnis bis zum Höchstbetrage von einem Jahre, verurteilt. Seine hiergegen eingelegte Berufung wurde von der hiesigen Strafkammer verworfen.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 23. Februar 1918.

„Verwahrloste Kinder“.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß ein Teil unserer Jugend während der langen Kriegszeit verwahrlost ist. Wer die Jugend beobachtet, muß das zugeben. Man braucht nur an die vielen Diebstähle zu denken, die von Schulkindern verübt werden und die nie so groß an Zahl waren, wie in der Kriegszeit. Auch die vielen Schulkinder, die von den Gerichten wegen Diebstahls abgeurteilt wurden, bestätigen das. Man darf aber dafür nicht die Kinder an sich verantwortlich machen. Sie werden beeinflußt von den sie umgebenden und durch die lange Kriegsdauer geschaffenen Verhältnissen. Sie entbehren in den meisten Fällen der väterlichen Erziehung, der Vater steht vielleicht schon seit dreieinhalb Jahren im Felde. Die Mutter ist der Erziehungsaufgabe nicht gewachsen, weil sie durch die Sorge um die Ernährung viel mehr als früher in Anspruch genommen ist, oft muß sie auch selbst von morgens bis abends spät arbeiten. Mit der Ernährung ist es knapp bestellt und manches Kind wird von dem, was es zugeteilt bekommt, nicht satt und kommt dann auf den Gedanken, sich auf andere Weise, ohne Vorwissen der Eltern, etwas dazu zu beschaffen. Kinder, die sonst ordentlich waren, kommen in schlechte Gesellschaft, erliegen der Verführung und schon ist das „Verbrechen“ fertig. Ist das Kind dann zwölf Jahre alt, kommt es vor den Strafrichter. Dieser soll prüfen, ob das Kind die erforderliche Einsicht der Strafbarkeit seiner Handlungsweise besessen hat, das heißt, das Kind muß bei der Tat gewußt haben, daß die von ihm begangene Tat strafbar ist. Diese Prüfung erstreckt sich bei den meisten Richtern nur auf die Frage, ob das Kind auch gewußt hat, daß es das nicht tun durfte, es kenne doch die zehn Gebote. Die „Erkenntnis der Strafbarkeit“ ist nach der Praxis der Gerichte fast immer vorhanden. Werden aber diese Fragen bejaht, dann wird ein solches Kind entweder mit Gefängnis bestraft oder kommt in Fürsorgeerziehung. Das Strafgesetz weist aber nach unserer Auffassung gerade in den Punkten des strafmündigen Alters und der strafrechtlichen Einsicht große Lücken auf. Das strafmündige Alter ist mit zwölf Jahren zu niedrig bemessen. In diesem Alter wird ein Kind sich meist nicht klar darüber sein, was ihm bevorsteht, wenn es sich einmal gegen die Strafgesetze versündigt. Der Unterschied zwischen Mein und Dein ist noch nicht so scharf ausgeprägt, daß man ein Kind wegen eines Vergehens gegen das Eigentum anderer vor den Strafrichter bringen kann. Auch die Prüfung der „strafrechtlichen Einsicht“ bedarf dringend der Reform. Es genügt keineswegs, ein Kind zu verurteilen, lediglich auf die Tatsache hin, weil es an sich weiß, daß es niemandem ein Stück Brot oder anderes wegnehmen darf, weil es die zehn Gebote so lehren. Darüber, was ihm bevorsteht, wenn es sich einmal in dem Sinne vergangen hat, ist sich wohl kein Kind, das zum erstenmal vor den Strafrichter kommt, im klaren. Auch die „Strafen“, mit denen man die Kinder auf einen „besseren Lebensweg“ bringen will, sind keineswegs für diesen Zweck geeignet. Im Gegenteil, sie sind oft nur der Anfang zu einem verderblichen Lebensweg. Das Hauptgewicht soll nicht darauf gelegt werden, daß ein Kind seine „Strafe“ bekommt, es soll vielmehr gebessert werden. Die Fürsorgeanstalten in ihrer heutigen Gestalt mit ihrer übermäßigen Strenge können aber nicht als „Besserungs“anstalten angesehen werden. Noch viel weniger ist aber das Gefängnis für ein junges unentwickeltes Kind eine Besserungsanstalt. Die Verwahrlosung der Jugend läßt sich nicht mit den von der heutigen Gesellschaft beliebten Mitteln eindämmen. Die Kinder vergreifen sich nicht aus „verbrecherischer Neigung“, wie es im Juristendeutsch heißt, an fremdem Eigentum. Sie sind Opfer der sie umgebenden Verhältnisse. Hierzu tragen auch die heute bestehenden ungesunden Zustände der Ernährung, unter der gerade die minderbemittelte Bevölkerungsschicht schwer zu leiden hat, ihr Teil bei. Die Kinder bekommen oft nicht genug zu essen, und deshalb sind es meistens auch Lebensmittel, die sie anderen wegnehmen. Eine gründliche Reform der ganzen Jugendpflege, eine gleichmäßige Verteilung der Nahrungsmittel, bei der nicht eine Bevölkerungsschicht besser fährt als die andere, damit hilft man der Jugend, aber nicht mit Gefängnis und Fürsorgeerziehung. Die Sozialdemokratie hat von jeher in diesem Sinne gewirkt und bestimmte Forderungen erhoben, die auch von namhaften Juristen anerkannt worden sind. Leider hat sie bei der herrschenden Gesellschaft noch nicht das nötige Verständnis dafür gefunden. Die unerfreulichen Erscheinungen, die der Krieg auf die Entwicklung unserer Jugend ausgeübt hat, sollten die Widerstände einer gründlichen Reform der Jugenderziehung und -pflege beseitigen helfen.

Merkwürdiges von der Kriegswirtschaft.

Nur den gewöhnlichen Deutschen ist es bekanntlich nicht ganz leicht, sich selbst und seine Wäsche leidlich sauber, d. h. natürlich nur kriegs-ersatz-rein, zu waschen. Da sind die Bramfelder doch besser dran: Zu der Zeit, wo uns das Seifenpulver um die Hälfte gekürzt wird, teilt die Bramfelder Lebensmittelverteilungsstelle mit, daß dort Seife ohne Marken verkauft wird. Liegt Bramfeld nicht in Deutschland oder gelten die Bestimmungen über die Verteilung von Seife und Seifenpulver nicht für die Bramfelder? Es scheint fast, als nähme man es dort nicht so ganz genau mit der Befolgung der Verordnungen, denn kürzlich erst gab die Ortsbehörde Zucker im Verbande mit dem bekannten „guten“ Kaffee-Ersatz ab, obwohl nach Ansicht des Kriegsernährungsamtes die verbandsweise Abgabe von Waren den Gemeindebehörden bei innerlich verschiedenen Warengattungen nicht erlaubt ist. Vermutlich wird auch in diesem Falle die Seifen-Herstellungs- und Vertriebsgesellschaft den Bramfeldern die Freude am Waschtag verderben.

Bolschewisten-Hetze.

Nachdem die Friedensverhandlungen mit Rußland nicht den von der deutschen Regierung erwarteten Abschluß gefunden hatten, hat sich im bürgerlichen deutschen Blätterwald ein Entrüstungssturm gegen die bolschewistische Regierung in Rußland erhoben. Es ist ein Federfeldzug gegen die russische Revolutionsregierung entstanden, der sich in den gehässigsten Formen abspielt. Wir erkennen diesen Feldzug als eine Mache derer, die naturgemäß keine Sympathie für eine sozialistische Regierung haben. Da sind nun die Sowjettruppen Räuber und Mordbrenner, da ist der Bolschewismus im Niedergang begriffen, da erringen die Anhänger des alten Regimes immer mehr Macht, kurzum, die öffentliche Meinung wird beeinflußt zuungunsten der russischen Regierung. Was an all diesen Nachrichten Wahres ist, kann bei den gegenwärtigen Verkehrsverhältnissen niemand nachprüfen. Dem Politiker ist ja nun bekannt, welcher ungeheure Schwindel in dieser Beziehung während einer so ereignisreichen Zeit in die Welt gesetzt wird. Der gutgläubige Leser aber, der geistig nur aus der bürgerlichen Presse gespeist wird, fällt auf solchen Schwindel nur zu leicht herein. Wir wollen nur ein Beispiel aus den letzten Tagen anführen. Da sollte der ganze russische Generalstab mitsamt Krylenko gefangengenommen worden sein. Jetzt stellt sich heraus, daß an dieser Nachricht kein wahres Wort ist. Wir halten es daher für unsere Pflicht, unsere Leser ganz entschieden davor zu warnen, alles das als bare Münze zu nehmen, was in dieser Beziehung gemeldet wird, und diese Nachrichten ja recht kritisch zu lesen. Dann werden wir uns wenigstens ein etwas unbefangeneres Urteil bewahren als jene, die auf diese Nachrichten schwören.

Die neuen Reisebrotmarken,

die vom 16. März ab Geltung erlangen, zeichnen sich zum Schutz gegen Fälschungen durch eine bessere Papier- und Druckausstattung aus. Mit dem 15. März verlieren die bisher gebräuchlichen Reichsreisebrotmarken ihre Gültigkeit, sie dürfen von den Gemeinden daher nur noch für die Uebergangszeit ausgegeben werden. Mit Ablauf der Uebergangsfrist darf Mehl oder Brot auf die dann veralteten Marken weder gefordert noch verabfolgt werden. Verbraucher können nach dem 16. März den Umtausch nur bis Ende März d. J. dann verlangen, wenn sie durch den Lebensmittelabmeldeschein nachweisen, daß sie über diesen Zeitpunkt hinaus mit Reichsreisebrotmarken anstatt mit örtlichen Brotmarken zu ihrer Brotversorgung versehen worden sind. Bei den neuen Marken sind zu unterscheiden: Marken auf (10 und 40) zusammen 50 Gramm Gebäck lautend (in Markenbogen zu je 10 Stück) für Verbraucher, die Gebäckteile beziehen wollen, und Marken auf 500 Gramm Gebäck lautend (in Markenbogen zu je 10 Stück) zur Erleichterung beim Bezuge von Großgebäck. Das Papier hat ein durchlaufendes Wasserzeichen und ist mit roten und blauen Farben versehen. Der Wertpapierunterdruck ist zweifarbig: für Marken über 50 Gramm grauer Adler auf blaugrauem Untergrund über den ganzen Markenbogen, mit fünfstelligen Ziffern in roter Farbe; für Marken über 500 Gramm grauer Reichsadler auf rotgrauem Grunde mit nur wagerecht stehenden Ziffern in schwarzer Farbe, und mit stärkeren Schrifttypen. Der bisherige Entwertungsstreifen fällt fort. Die Entwertung der neuen Marken hat durch einen Stempel mit der Aufschrift „Ungültig“ zu erfolgen.

Neue Bekanntmachungen.

An städtischen Lebensmitteln gibt es in der kommenden Woche:

Kartoffeln: 7 Pfund.
Fleisch: 250 Gramm.
Butter: 50 Gramm.
Eier: am Montag in der Talamtschule auf die Nrn. 67 001 bis 70 000 und 1 bis 3500.

* **Die Angestelltenversicherung für Kriegsbeschädigte.** Der Rentenausschuß Berlin der Angestelltenversicherung hat entschieden, daß Kriegsbeschädigte, die vor ihrer endgültigen Entlassung vom Regiment zur Dienstleistung in privaten Betrieben beurlaubt worden sind, der Versicherungspflicht für Angestellte unterliegen. Sie können nur dann als versicherungsfrei angesehen werden, wenn sie aus Gründen der Heilbehandlung (sogen. Arbeitstherapie) zur Betriebsbeschäftigung kommandiert worden sind.

* **Neue Eisenbahnfahrkarten** sollen angeblich am 1. April zugleich mit dem neuen Eisenbahntarif auf den deutschen Bahnen eingeführt werdn. Sie sollen sich nicht nur durch den Preis, sondern auch durch Abweichungen im Aufdruck von den jetzt ausgegebenen Fahrkarten unterscheiden. Die Farbe der Karten bleibt wie bisher, in der 2. Klasse grün, in der 3. braun. Um eine deutliche Unterscheidung der einzelnen Zonen zu ermöglichen, wird in die obere rechte Ecke bei der ersten Zone eine 5, der zweiten eine 8 und der dritten Zone ein Kreis, durch dessen Mitte ein wagerechter Strich gezogen ist, aufgedruckt. Darunter steht der übliche Text: Gültig zur Fahrt usw.; der Preis ist auf die untere Hälfte über die Fahrkartennummer gesetzt worden. In der linken oberen Ecke befindet sich die Namensabkürzung der Station, bei deren Ausgabe die Fahrkarte verkauft worden ist. Während die heute geltenden Fahrkarten zwei diagonal verlaufende weiße Streifen tragen, werden die neuen Karten zur leichteren Unterscheidung zwei weiße Längsstreifen erhalten, die die Karte in fünf gleiche Teile zerlegt, von denen drei braun oder grün und zwei weiß sind.

* **Letztwillige Verfügungen bei Feuerbestattungen.** Zur Vornahme von Feuerbestattungen in Preußen ist der Nachweis, daß der Verstorbene die Einäscherung seiner Leiche angeordnet hat, beizubringen. Dieser Nachweis ist in vielen Fällen in nicht rechtsgültiger Form ausgefertigt, so daß die Einäscherung hier nicht erfolgen konnte und die Ueberführung der Leiche nach nichtpreußischen Krematorien vorgenommen werden mußte. Die Abgabe der mündlichen Willenserklärung zur Feuerbestattung kann nur vor einer zur Führung eines öffentlichen Siegels berechtigten Person erfolgen. Ein Ausweis ist dabei vorzulegen. Zur kostenlosen Ausfertigung der entsprechenden letztwilligen Verfügung sind hier verpflichtet: die Vorsteher sämtlicher hiesiger Polizeireviere, der Leiter des Begräbnisamtes Großer Berlin 11 und der Inspektor des Gertraudenfriedhofes.

* **Zusammenlegung von Schankwirtschaften.** Der Thüringer Enthaltsamkeitsbund fordert in einer Eingabe an den Reichskanzler die Stillegung einer Anzahl Schankwirtschaftsbetriebe. Der Bund regt an, nur solche Schankstellen bestehen zu lassen, in denen Mittag- und Abendtisch sowie Nachtlager gewährt wird.

* **Mißglückter Schleichhandel.** Eine hier wohnhafte Händlerin wurde bei der Einfuhr von 268 Stück Eiern, 3½ Stück Butter, 2 Pfund Zucker, 1 Huhn, 1 Brot, mehreren Würsten und 8 Flaschen Milch — etwa 6 Liter — betroffen. Die Lebensmittel wurden abgenommen und sichergestellt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180223-16/fragment/page=0006

*** Die Viehzählung am 1. März ist in Halle der städtischen Polizei übertragen worden.** Die Aufnahme erfolgt mittels Listen nach viehhaltenden Haushaltungen in der üblichen durch die früheren Viehzählungen bereits bekannten Weise, nur daß außer Pferden, Rindvieh, Schafen, Schweinen, Ziegen und Federvieh diesmal auch Kaninchen mit erfaßt werden. Es wird erwartet, daß die Beteiligten ihre Meldepflicht im vaterländischen Interesse erfüllen werden. Die Außerachtlassung der Pflicht ist mit Strafe bedroht.

*** Die Ausgabe von Petroleum für die Haushaltungen,** deren Lebensmittelscheine in den Brotmarkenausgabestellen abgestempelt worden sind, wird in den nächsten Tagen fortgesetzt, soweit die Haushaltungen das ihnen zustehende Petroleum noch nicht erhalten haben. Es ist genügend Petroleum vorhanden, so daß jede bezugsberechtigte Haushaltung etwas Petroleum erhalten kann, wie die Vorschriften für die 5. Verteilungsperiode bestimmen. Zur Vermeidung des Andranges vor den städtischen Ausgabestellen weist der Magistrat ausdrücklich darauf hin, daß das Petroleum für die Haushaltungen auch später noch erhältlich ist.

*** Seid rücksichtsvoll gegen die Kriegsbeschädigten!** Von der Kriegsbeschädigten-Fürsorge für Halle und den Saalkreis werden wir um Aufnahme der folgenden beherzigenswerten Mahnung ersucht: „Auf den Kriegsbeschädigten, der die Straßenbahn benutzen muß, sollte von den anderen Fahrgästen möglichst Rücksicht genommen werden; besonders beim Einsteigen und beim Aussteigen sollte er von den übrigen Fahrgästen nicht behindert werden. Unsere Kriegsbeschädigten benutzen die Straßenbahn, um in den Kriegsbeschädigten-Unterricht oder an ihre Arbeitsstelle zu gelangen.“

*** Stadttheater.** Heute, Sonnabend, findet eine Aufführung des Dreimäderlhauses statt. Sonntag nachmittag 3½ Uhr Volksvorstellung Jahrmarkt in Pulsnitz, abends 7½ Uhr zum ersten Male König für einen Tag, komische Oper von Adam. Spielleitung Leopold Sachse, musikalische Leitung Karl Röhren. Die Tänze sind vorbereitet von Amelie Peters. Für die kommende Woche ist folgender Spielplan vorgesehen: Montag Die Fledermaus, Dienstag Die Walküre, Mittwoch Die Braut von Messina, Donnerstag Iphigenie auf Tauris, Oper von Gluck, Freitag zum ersten Male Meine Frau, die Hofschauspielerin, Lustspiel von Möller und Sachs. Sonnabend Die verkaufte Braut. Sonntag nachmittag 3½ Uhr Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen Zar und Zimmermann von Lortzing, abends 7½ Uhr König für einen Tag, komische Oper von Adam.

Thalia-Theater. Im Thalia-Theater wirkt am Sonntag, dem 24., abends 7½ Uhr, durch das Personal des Stadttheaters der überaus lustige Schwank Pension Schöller zur Aufführung gebracht.

*** Im Operettenreigen des Apollotheaters** hat seit einigen Tagen Der Soldat der Marie den Dummen August abgelöst. Was das Verfasser-Trio Bernhard Buchbinder, Jean Kren und Alfred Schönfeld in dieser Operette zu einem Kunterbunt von „Handlung“ zusammengestellt hat, ist zwar reichlich unwahrscheinlich, wird indes durch die flüssige und ansprechende Musik Leo Aschers, die, obgleich nicht eben eigenartig, so doch stellenweise von prickelndem Reiz ist, in eine gefällige Form gebracht. Im Grunde genommen ähneln ja alle diese Operetten einander wie ein Ei dem andern und sie sind auch fast alle über den gleichen Leisten geschlagen: „A bissel Lieb, a bissel Treu, a bissel Falschheit is alleweil dabei.“ Nicht zu vergessen der gehörigen Menge Rührseligkeit. Und das auf den Oprettengeschmack eingeschworene, genügsame und wenig wählerische Publikum nimmt doch alles, was „Operette“ heißt, unterschiedslos mit dem gleichen Wohlgefallen auf. Man muß sich schließlich mit dieser wenig erfreulichen Zeiterscheinung abfinden in der Erkenntnis, daß auch dagegen selbst die Götter vergeblich kämpfen würden ... Max Walden hat im übrigen auch diese Operette recht hübsch in Szene gesetzt und in seinem Ensemble ist der echte Operettengeist lebendig. Er selbst ist als der pensionierte herzogliche Tänzer Theodor Mumme von erheiternder Originalität, als Marie, Mariann und Mariett wetteifern die Damen Wehn, Leininger und Bartling gesanglich und an lebendiger und anmutiger Darstellung miteinander, und auch die Herren Labero (der prinzliche Don Juan) und Oehlerking (Tambour) beherrschen ihre Rollen vortrefflich. Die Frische und Munterkeit der Chöre und die Sicherheit der musikalischen Führung Julius Alfred Meyers geben dann der Aufführung die letzte Abrundung.

*** Der Direktor des Apollotheaters, Gustav Poller,** konnte am 16. Februar auf eine 25jährige Tätigkeit als Varietéleiter zurückblicken. Im Jahre 1893 eröffnete er das Konkordia-Theater (spätere Walhallatheater) in Magdeburg, das er bis zum Jahre 1901 leitete, wo er die Leitung des Apollotheaters in Halle übernahm. In dieser Stellung hat er sich durch seine geschäftliche Tüchtigkeit und Umsicht trefflich bewährt, und nicht nur die engere Varietékunst gefördert und gepflegt, sondern den Besuchern des Apollotheaters auch manche gute Aufführung guter Volksstücke vermittelt; die oberbayerischen und tiroler Bauerntheater fanden mit den Anzengruberschen Bühnendichtungen im Apollotheater stets eine gastliche Stätte. Daß er auch diesem Teile der Theaterkunst stets Verständnis entgegenbrachte und ihn im Apollotheater zur Geltung kommen ließ, ist ihm als ein besonderes Verdienst anzurechnen.

*** Einen Kammermusik-Abend** veranstalten am Montag, den 4. März, abends 8 Uhr, zum erstenmal Mitglieder des Stadttheaters unter Mitwirkung des Opernsängers Adolf Harlacher. Da diese Veranstaltung vielfach geäußerten Wünschen entspricht, dürfte sie lebhafter Teilnahme in den Kreisen der Musikfreunde begegnen. Die Vortragsfolge, die einen genußreichen Abend verspricht, bringt Werke von Mozart, Mendelssohn, Beethoven, Schumann und A. Arensky. (S. Anzeige.)

*** Unfall oder Verbrechen?** Zwischen den beiden Schleusentoren der Trothaer Schleuse wurde gestern früh die Leiche eines etwa sechsjährigen Mädchens aus dem Wasser gezogen. Die Tote, die etwa 86 Stunden im Wasser gelegen haben mag, war mit roter Kapuze, roter Taille mit angenähtem roten Rock, rotem Unterrock mit geblümter Kante und schwarzem Saum, grünem gestricktem Unterrock mit roter Kante, blau- und weißpunktierter Schulterschürze, kurzen schwarzwollenen Strümpfen und mit grünen, guterhaltenen Schnallentuchschuhen bekleidet. Auf dem Ringfinger befand sich ein kleiner Silberring. Die Leiche, deren Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte, wurde nach dem Gertraudenfriedhofe geschafft.

Vereins- und Vergnügungsanzeigen.

Im Volkspark veranstalten heute, Sonnabend, abends 8 Uhr, die Leipziger Mensel-Sänger einen großen Bunten Abend. Den Besuchern dieses Abends stehen einige heitere Stunden bevor. Morgen, Sonntag, sind zwei Freikonzerte.

Zoologischer Garten. Morgen, Sonntag, nachm. 3½ Uhr, findet Konzert vom Görlach-Orchester unter Leitung des Musikdirektors H. Görlach statt. Der Eintrittspreis beträgt für Erwachsene 50 Pf., für Kinder 20 Pf., Militär ohne Dienstgrad zahlt vorm. 10 Pf., nachm. 20 Pf. (Siehe Anzeige.)

Walhalla-Theater. Morgen ist der letzte Sonntag, an dem die Operette Der Mann seiner Frau mit der Musik von Rudi Gfaller in beiden Vorstellungen zur Aufführung gelangt. Nachmittags ½4 Uhr als Familien- und Jugendvorstellung zu den bekannten kleinen Preisen. Die Tageskasse ist morgen von 10 Uhr ab ununterbrochen geöffnet.

Im Apollotheater beendet am 28. Februar die Max-Walden-Gesellschaft ihr Gastspiel. Der 24. Februar ist der unwiderruflich letzte Sonntag mit der Operette Der Soldat der Marie. Sonntag nachmittag gebt zum letzten Male die melodienreiche Operette Der fidele Bauer in Szene. Erwachsene haben ein Kind frei. Zwei Kinder benötigen nur ein Billett. Billetts täglich im Bureau von 9—1 und 5—½7 Uhr. Sonntags ununterbrochen.

U.-T.-Lichtspiele, Alte Promenade 11a. Der neue Spielplan bringt Waldemar Psilander in einer Doppelrolle als Schmied und Fabrikherrn in dem Drama Das zweite Ich und Erika Glässner, die neuerdings viel genannte Darstellerin des Kleinen Theaters in Berlin, als Hauptdarstellerin in dem Lustspiel Gesucht ein Mann, der ein Mann ist. — In der Goldwoche wird für jedes an der Kasse eingewechselte Goldstück eine Freikarte für zwei Personen gewährt.

U.-T.-Lichtspiele, Leipziger Straße 38. Es kommt außer dem dreiteiligen Filmspiel Der Ring der Giuditta Foscari mit Erna Morena, das Lustspiel Trudes Geheimnis und der hübsche Ulk Ich suche eine Frau zur Aufführung. — Bis zum 28. d. M. wird an der Kasse für jedes abgegebene Goldstück eine Freikarte für zwei Personen gewährt.

Munitionsarbeit, Mutterpflicht, Wahlrecht.

Daß man in dieser Zeit doch noch einige heitere Augenblicke hat, dafür sorgen die Herren von der Fortschrittlichen Volkspartei und die Vertreter der preußischen Regierung im Preußischen Abgeordnetenhaus. Bei der Beratung der Wahlrechtsreform im Ausschuß merkte man nichts von den Lobpreisungen der Frauen, die wir noch im vergangenen Jahre gelegentlich der Etatsdebatten hören konnten. Damals hieß es, daß die Frauen in dem Verlangen, die Kriegsleistungen des Landes nach Möglichkeit zu steigern, so viel und schwere Arbeit auf sich genommen hätten. Sie erfüllten also, wenn anders diese Reden richtig waren, eine große öffentliche, politische Aufgabe. Heute redet man nicht mehr davon, obwohl die Leistungen der Frauen noch die gleichen sind. Heute sagt der Minister des Innern, Dr. Drews, daß man den Frauen das Wahlrecht nicht geben könne, weil man „durch die Hineinziehung der Frau in die Politik ihr die Erfüllung ihrer wichtigsten Aufgaben, ihrer Mutter- und Erziehungspflichten, unmöglich machen würde“.

Mit Verlaub, Herr Minister, was nimmt die Frauen mehr in Anspruch: das tägliche Lesen einiger Zeitungen und der Besuch von wöchentlich etwa einer Versammlung, zu der während der Wahlzeit selbst alle fünf Jahre noch eine etwas stärkere Betätigung kommt, oder das Herstellen von Munition, die Erfüllung des Berufes, sei es welche Kategorie von Arbeit auch immer, Tag für Tag von morgens bis abends? Uns scheint, das Ergebnis liegt so klar zutage, daß man nicht lange nachzusinnen braucht. — Man komme uns nicht mit dem „vorübergehenden Zustand“. Dieser Zustand dauert jetzt über drei Jahre. Schon drei Jahre lang wird es einer ungeheuren Zahl von Frauen unmöglich gemacht, ihre „wichtigste Aufgabe“ recht zu erfüllen, weil sie Kriegsbedarf herstellen muß! Auch nach dem Kriege werden noch zahllose Frauen ihr Brot verdienen müssen, weil der Krieg der Familie den Ernährer geraubt hat und die Unterstützungssummen nicht ausreichen, die Familie zu erhalten.

Wahrhaftig, ein billiger Scherz, Herr Dr. Drews, die Frauen an ihre Mutterpflichten zu mahnen, und ihnen deswegen das Wahlrecht zu verweigern! Man suche bessere Gründe. Diese verfangen nicht mehr. Uebrigens, wie steht es mit den Hunderttausenden, die nicht in die Lage kommen, Mütter und Ehefrauen zu werden?

Die Fortschrittler scheinen jedoch Verständnis für die Auffassung der Regierung zu haben. Sie schieben die Debatte einfach beiseite — das Frauenwahlrecht hat zurzeit „doch keine Aussicht“, also wozu darüber debattieren. Nein, meine Herren, so einfach geht das doch nicht. Wenn ihr die Debatte auch meiden könnt, die Frauen selbst lassen sich nicht beiseiteschieben. Sie verlangen ihr Recht. Gerade im Krieg haben sie gesehen, wie notwendig es ist, Rechte im Staat zu besitzen, um Macht zu erkämpfen.

Ein wenig können sie doch zur Beschleunigung des Tempos tun und gleichzeitig ihr Interesse an den politischen Vorgängen erweisen. Sie haben es in der Hand, bei den Wahlen für diejenigen Kandidaten und Gruppen zu agitieren und Stimmung zu machen, die mit den veralteten Ansichten der Regierung nicht einverstanden sind. Reichstag und noch notwendiger der Landtag brauchen eine andere Gruppierung, brauchen eine entschlossene Opposition gegen die Regierung. Die Frau, die ihr Brot verdient hat in dieser langen Kriegszeit, will mitreden über Wahlen, in der Familie wie in der Oeffentlichkeit. Sie läßt sich den Mund nicht mehr verbieten. Glaubt ihr, daß sie die Männer unterstützen wird, die so sehr ihren Willen und ihre Aufgabe verkannten?

Ihre Entscheidungen werden anders fallen und die Unabhängige Sozialdemokratie kann stolz darauf sein, ihre Interessen jederzeit mit der größten Energie vertreten zu haben. Sie hat sich für ihr Recht eingesetzt und den Kampf mit der Rechten, der gemäßigten Linken und der Regierung dabei nicht gescheut. Sie fordert die absolute Gleichberechtigung aller Erwachsenen, ganz gleich, ob Mann oder Frau.

Allerlei.

Zum Nachdenken.

Könnten wir alle die Reichen in die tiefen Armutzustände versetzen, dann sie zurücksenden an die Gerichtstafel und auf die Kanzel, dann würden die schönen Reden von der Verdorbenheit und Sittenlosigkeit der Armen aufhören, die bei harter Arbeit von der Hand in den Mund leben; dann würden sie's wissen, daß sie, verglichen mit jenen Hilflosen, himmlische Engel in ihrem Leben sein sollten und dann nur noch demütige Ansprüche auf den Himmel machen.

•

Es gibt Lügen, auf denen der Mensch wie mit glänzenden Schwingen gen Himmel steht. Und es gibt Wahrheiten, welche den Menschen wie mit bleiernen Fesseln an die Erde ketten.

Dickens.

•

Trotz der Zivilisation und Kultur bleibt der Mensch doch nur eine schlecht gezähmte Bestie.

Neue Tabakersatzstoffe.

Berlin, 23. Februar. Der Bundesrat hat neuerdings genehmigt, daß die Verwendung von Linden-, Ahorn-, Platanenblättern, Blättern der wilden und der Weinrebe und von Kastanienblättern als Ersatzstoffe bei der Herstellung von Tabakerzeugnissen und tabakähnlichen Waren gestattet werden darf. Auch die Verwendung dieser Tabakersatzstoffe ist, worauf ausdrücklich hingewiesen wird, auf Hersteller von Tabakerzeugnissen beschränkt worden.

Letzte Nachrichten.

Die Verhandlungen mit Rumänien.

Berlin, 23. Februar. Die Verhandlungen mit den Rumänen, die jetzt in Bukarest fortgesetzt werden sollen, wurden bis gestern in Buftea geführt. Die rein militärischen Verhandlungen über die Erneuerung des Waffenstillstandes, die vorangingen, fanden in Focsani statt. Als der neue Ministerpräsident zu den Verhandlungen eintraf, siedelte man nach Buftea über. — In der Berliner Presse heißt es: Die drei Verhandlungsorte zeigten gewissermaßen die einzelnen Etappen und die Entwicklung der Verständigung an. Einschneidende Forderungen den Rumänen gegenüber hätte eigentlich nur Bulgarien anzumelden. Deutschland und Oesterreich-Ungarn stellten keine territorialen Ansprüche, wohl aber würde man sich gewisse wirtschaftliche Vorteile sichern und auch politische Bürgschaften geben lassen.

Die Etatdebatten im Reichstage.

Berlin, 23. Februar. Am Montag, 25. Februar, wird die Etatsdebatte im Reichstage durch den Reichskanzler und den Vizekanzler eröffnet werden. Das Haus dürfte sich dann auf Mittwoch vertagen. Am Dienstag würden Fraktionssitzungen stattfinden. Später werde zunächst der Reichsschatzsekretär seine Etatsrede halten und danach werden die Vertreter der einzelnen Fraktionen sprechen.

Briefkasten der Redaktion.

A. G. A. L. Die Ausgleichsunterstützung ist von der Gemeinde, in der Sie wohnen, zu verlangen, und zwar möglichst bei Anfang der Krankheit. Die Unterstützung muß so hoch sein, daß sie zusammen mit dem Krankengeld Ihre und Ihrer Familie früheren Bezüge, als Sie noch Kriegsteilnehmer waren, ausmachen.

Rußland 520. Der Kauf des Grundstücks ist nicht anfechtbar, wenn kein anderer Grund vorliegt als der, daß die Kinder der Verkäuferin nicht einverstanden sind.

Unteroffz. Sch. Wenn Ihre Entlassung einmal vorgesehen, dann aber wieder rückgängig gemacht wurde, können Sie doch nichts machen, da Sie noch kriegsdienstpflichtig sind.

Neu erschienen! Neu erschienen!
Allgemeine Frontenkarte des W. T. B.
Ausgabe Januar 1918
enthaltend
1. Ausführliche Sonderkarte von Frankreich.
2. Russland mit der Demarkationslinie und Angabe der Gouvernementsgrenzen, die für den Friedensschluss von Bedeutung sein werden.
3. Ober-Italien mit Angabe der bislang erzielten Erfolge.
4. Ausführliche Sonderkarte von Palästina und Mesopotamien.
Zum Preise von 1 Mark
von unserer Expedition zu beziehen.
Porto 10 Pfg

Für unsere Speiseanstalt, Verpflegungsstärke 350 Köpfe, suchen wir zum baldigen Antritt eine ältere erfahrene *2090
Köchin.
Bewerbungen m. Gehaltsansprüch. sehen wir entgegen Direktorium der Franckeschen Stiftungen.
Fries.

Violin-, Mandolin-, Klavier- u. Gitarre-Unterricht erteilt
2462 August May, Torstr. 40.

Vorarbeiter
für unsere Fenster-Reinigungsanstalt, der Leute beaufsichtigen und wirksam mitarbeiten kann, sofort gesucht. Militär- u. zivildienstfreie Bewerber event. auch Kriegsbeschädigte können sich melden. *2095
Vereinigte Glasermeister zu Halle (S.), e. G. m. b. H., Harz 22, part.

Arbeitsmarkt
Klempner, Schlosser, Mechaniker, Dreher
für dringende Heereslieferungen
gesucht.
3848
Max Stahl, Wielandstr. 30.

Armaturen-Dreher u. Schlosser
für dauernde lohnende Beschäftigung stellt ein
Hermann Wintzer,
*2092 Langestraße 24.

Zuverlässigen älteren
Geschirrführer
stellt ein *2096
Spediteur Kaufmann, Magdeburgerstrasse 57.

Tischler,
der selbständig arbeitet, und
Beizer für sofort gesucht.
4086 Möbel-Handlung Geiststrasse 25.

In unserer Reparaturwerkstatt werden für dauernde Arbeit eingestellt:
1 Kesselschmied,
1 Eisendreher,
1 Eisenhobler,
1 Eisengießer, welcher selbständig arbeitet.
Wohnungen sind vorhanden. *2071
Elektrowerke Aktiengesellschaft,
Grube Golpa,
Post Zschornewitz, Bezirk Halle.

Lehrling
als Schwarzblechklempner Ostern gesucht.
Christian Glaser,
Gr. Klausstr. 24. *1916

Ansichts-Postkarten empfiehlt die Volksbuchhdlg.

Ansichtskarten-Versand.
100 Liebesserien-Postkarten 4.00,
50 echte Kunst-Postkarten 5.00,
50 Frauenschönheit.-Postkart. 3.50,
100 Soldat. u. Militär-Postk. 3.00,
100 ff. sort. Muster-Postkarten 3.00.
Verl.-Ges. Silesia, Breslau K.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180223-16/fragment/page=0007

4034 **Dauerwäsche**
kann sich jeder selbst herstellen mit
Dauwa,
Flasche 2 Mark, für mehrere Kragen ausreichend.
E. Kertzscher, Leipzigerstr. (Ecke Poststr.) und Gr. Ulrichstraße 63.

: Ermittelung der Wechselräder bei :
Gang-Millimeter und Modulgewinden
ohne zu rechnen,
für Drehbänke mit Leitspindel von 2, 3 u. 4 Gang auf 1" engl
Preis 1 Mark. Porto nach auswärts 5 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Halle a. d. S., Harz 42/44.

Amtliche Bekanntmachungen.

Auf Grund der Verordnung des Magistrats vom 13. Januar 1916 wird die **Verteilung der Butter** in der Woche vom 25. Febr. bis 3. März 1918 (9. Woche) wie folgt geregelt:

Es entfallen auf den Kopf der Bevölkerung **50 g Butter.** Die Menge, welche an die einzelnen Haushalte abgegeben werden kann, bestimmt sich nach der Zahl der Angehörigen des Haushalts, die sich aus der Fettkarte ergibt.

Der Verkauf beginnt am Dienstag, dem 26. Februar 1918. Er erfolgt auf Grund der Fettkarte, und zwar auf den für die 9. Woche gültigen Abschnitt in den Geschäften, in denen die Käufer in die Kundenlisten eingetragen worden sind.

Die Verkäufer haben beim Verkauf den Abschnitt der 9. Woche der Fettkarte abzutrennen und den Verkauf in der Kundenliste anzumerken. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadt-Ernährungsamt, Marktplatz 22, III, Zimmer 42, am Montag, den 4. März 1918 abzuliefern.

Militär-Urlauber erhalten die Butter auf Grund von Butterscheinen nur auf dem städtischen Markt (Talamtschule).

Halle, den 23. Februar 1918. **Der Magistrat.**

Der Verkauf der der Stadt überwiesenen **Inlandseier** wird **am Montag den 25. Februar 1918 in der Talamtschule** fortgesetzt. Zugelassen werden die Inhaber der Lebensmittelscheine 67001 bis 70000 und 1—1000 vormittags von 8½ bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 1—3500 nachm. von 2—6 Uhr. Für den Kopf eines Haushaltes wird ein Ei zum Preise von 33 Pf. abgegeben.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld (vor allem Kupfergeld) bereithalten. Umtausch nur innerhalb drei Tagen!

Halle, den 23. Februar 1918. **Der Magistrat.**

---

7 Pfund Kartoffeln!

Für die Woche vom 25. Februar bis 3. März 1918 wird die Kartoffelmenge, welche aus den Vorräten der Haushalte verbraucht oder, soweit Vorräte nicht vorhanden sind, auf Abschnitt 10 der braunen Kartoffelkarte bezogen werden darf, auf sieben Pfund für den Kopf festgesetzt. Zur Verteilung gelangen außerdem noch auf den Kopf der Bevölkerung ½ Pfund Marmelade und ¼ Pfund Graupen. Der Verkauf wird durch besondere Bekanntmachung noch näher geregelt werden.

Halle, den 23. Februar 1918. **Der Magistrat.**

Die auf **Grund ärztlicher Verordnung** ausgegebenen, auf ½ Liter **Vollmilch** lautenden **Milchkarten** sind dem Stadternährungsamt, Markt 22, 1. Treppe, Saal links, vom 25. Februar bis 2. März d. J. zur Abstempelung vorzulegen. Zur glatten Abwicklung der Geschäfte hat die Vorlage der Karten nach folgender Ordnung zu erfolgen: Am Montag, dem 25. d. M., von den Karteninhabern mit den Anfangsbuchstaben A bis E, am Dienstag, dem 26. d. M., mit den Anfangsbuchstaben F bis H, am Mittwoch, dem 27. d. M., mit den Anfangsbuchstaben J bis L, am Donnerstag dem 28. d. M., mit den Anfangsbuchstaben M bis R, am Freitag, dem 1. März, mit den Anfangsbuchstaben S bis T, am Sonnabend, dem 2. März, mit den Anfangsbuchstaben U bis Z.

Halle, den 23. Februar 1918. **Der Magistrat.**

In den städtischen Markenausgabestellen werden vom Montag, dem 25. Februar, bis Sonnabend, dem 2. März, **Ausweiskarten über den Einkauf von Kartoffeln** ausgegeben. Nach beendeter Ausgabe dieser Karten sind die Kartoffel-Einkäufe nicht mehr im Lebensmittelschein, sondern in diesen Ausweiskarten einzutragen, und zwar unter Angabe des Tages des Einkaufes, der abgegebenen Menge und der Marke der Kartoffelkarte, auf welche die Kartoffeln abgegeben worden sind. Den Kartoffelhändlern wird die genaue Erfüllung dieser Anordnung neuerlich zur Pflicht gemacht, auch wird darauf hingewiesen, daß Zuwiderhandlungen neben der strafrechtlichen Verfolgung auch die Entziehung des Kartoffelhandels zur Folge haben. Die Käufer sind verpflichtet, auch ihrerseits auf die regelmäßige Eintragung der Kartoffeleinkäufe zu achten und uns diejenigen Kartoffelhändler namhaft zu machen, welche die Eintragung trotz Aufforderung nicht bewirken. Neben der Eintragung sind nach wie vor beim Einkauf die Kartoffelmarken der betr. Woche abzugeben.

Halle, den 23. Februar 1918. **Der Magistrat.**

Gültigkeit der grünen Kohlenkarten.

In der Woche vom 25. Februar bis 2. März d. J. darf auf die Kohlenkarten Nr. 45 und 46 zusammen ein Zentner Briketts abgegeben werden. Bei geringem Kohlenvorrat ist die Abgabe von zunächst ½ Zentner auf eine der beiden Nummern zulässig. Die Nummern 43 und 44 behalten ihre Gültigkeit. Es darf jedoch erst dann auf diese Abschnitte noch geliefert werden, wenn die Nummern 45 und 46 mit Kohle versorgt sind. Die Kohlenhändler sind verpflichtet, alle in ihren Händen befindliche Kohlenmarken an jedem Montag mit der Wochenmeldung an die Ortskohlenstelle abzuliefern. Diese Bekanntmachung gilt als Ergänzung unserer Verordnungen vom 28. April und 26. November 1917. Zuwiderhandlungen unterliegen den dort angeführten Strafen. (Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark.)

Halle, den 23. Februar 1918. **Die Ortskohlenstelle.**

Futtermittel.

Es wird nochmals auf die amtliche Abgabe des aus den hiesigen Küchenabfällen gewonnenen **Kraftfuttermehles** aufmerksam gemacht. Die Abgabe erfolgt gegen Bezugschein in Mengen von einem Zentner zum Preise von 30 Mk. für den Zentner. Säcke oder Tüten sind mitzubringen. Bezugscheine werden im Dienstgebäude, Drehbauptstraße 4, Zimmer 25, vormittags von 8½ bis 1 Uhr, ausgefertigt. Das Kraftfuttermehl eignet sich zur Fütterung für alle Haustiere, es ist insbesondere in letzter Zeit von hiesigen Firmen an Pferde mit Erfolg verfüttert worden. Bei dem gegenwärtigen Mangel an Pferdefutter kann daher die Verwendung des Kraftfuttermehles nur empfohlen werden. Futterproben (3 Pfund und 10 Pfund) sowie Verfütterungsanweisungen können vom Lager des Halleschen Hausfrauenbundes, Neue Promenade 12, Montags und Donnerstags von 2 bis 4 Uhr bezogen werden. Desgleichen können dort die Gutachten über die Verfütterungsergebnisse eingesehen werden.

Halle, den 19. Februar 1918. **Der Magistrat.**

4025 **Geld**
spielt heute die Rolle, bei uns der Umsatz. Deshalb bringt zum Verkauf.

Zahlen für:			Zahlen für:		
Altpapier-Abfälle	100 Kilo	24 Mk.	Bücher, Zeitungen	100 Kilo	34 Mk.
Wolle	" "	160 "	Knochen	" "	10 "
Akten	" "	37 "	Lumpen	" "	15 "
Sackzeug	" "	8 "	Weißglas	" "	3 "
Eisen-Ofenteile	" "	6 "	Maschinenguß	" "	10 "
Schmiede-Eisen	" "	5 "	Schmelz	" "	1 "

Felle zu den gesetzlichen Höchstpreisen.
Rellstr. 23. **Theuring & Ackermann,** Rellstr. 23.
Nachweisbar Größtes Geschäft für Private am Platze.
Bei größeren Posten wolle man Preis-Offerten, schriftlich oder per Telephon, einholen.
Wir kaufen alles zu konkurrenzlosen Preisen.

Achtung Hausfrauen! Geld liegt in allen Winkeln.
Zahle für
100 Kilo Strumpfwolle . . . . 160 Mk. ‖ 100 Kilo Neutuch . . . . 100 Mk.
100 " Original-Lumpen 15—30 " ‖ 100 " Knochen . . . . 10 "
Zahle für Akten, Zeitungen, Bücher u. Altpapier höchste Tagespreise.
Alle Sorten Felle u. Rosshaare höchste Tagespreise.
Hole auf Wunsch auch selber ab. 3461
Paul Günther, Rohprodukten, Taubenstrasse 3, Hof, hinten links.
Tel. 6176. Alles wird streng reell gewogen! Tel. 6176.

Vorteilhaftes Angebot in *1867
Pelzwaren!!!
Ich empfehle mein erstklassiges, grosses Lager hierin zu ganz besonders billigen Preisen, u. a.:
Alaskafuchs Mk. 88.75 und höher
Blaufuchs " 125.00 " "
Nerzmurmel " 45.00 " "
Kanin " 28.00 " "
Skunks, Iltis, Nerz, Marder, in reiner Kürschnerarbeit zu bekannt soliden Preisen.
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.
Pelz-haus Rosenberg, Spezial-Etagengeschäft.
Gr. Ulrichstr. 6/8, Halle, Gr. Ulrichstr. 6/8.

Stadtbad.
Haarpflege-Räume.
„Fara"-Haarkuren erfolgsicher bei Haarausfall, Glatzenbildungen, Schuppen, Fetthaar, frühzeitiges Ergrauen. Spezialbehandlg. durch kosmet., elektrochem. therapeut: „Fara"-Massagen. Einzig am Platze. 90 Behandlungsarten, individuelle Anpassung u. mikrosk. Haarbefunde. *2097
Keine Glatze mehr!
Wichtig für unsere Feldgrauen, für Kopf- u. Haarleidende.
Wegweiser z. mechan. Behandlung mit individellen Ratgeber 2 Mark.

Postkarten-Rahmen und Sammel-Rahmen
empfiehlt *2091
J. Zoebisch, Gr. Steinstrasse 82.

Partie Ofenrohre,
88 mm Durchmesser, passend für Grudeöfen, billig abzugeben.
*2098 Landwehrstr. 7.

Noch gute Ledersohlenschoner
hat abzugeben 4028
C. Müller Nachf., Lederhandlung, Leipzigerstr. 66.

Kauft das gute

zu haben:
in den durch Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen in allen Teilen der Stadt.
Dampf-Brotfabrik Halle a/S.
Rötzigerstr. 12. Fernsp. 4041. 3460

Billard m. vollständ. Zubehör, Bierdruck-Apparat mit Büfett, Marmortische, Warenschränke, Fachregale, Ladentische verkauft
4037 Möbelhandlung, Geiststr. 25.

Ausgekämmtes *2099
Frauenhaar
kaufe zu höchsten Preisen.
Fallek,
Mansfelderstraße 29.
Tel. 4242.

Gebrauchte Möbel kauft und zahlt annehmbare Preise 3952
E. Dippold, Gr. Gosenstr. 12, p.

Nußbaum-Vertiko u. Kleider-Schränke (echt und gestrichen), Rohr-Lehnstühle, Plüschsofas, Steg- u. Ausziehtische, Schreibtische, Bücherschrank, Trumeau, Spiegel mit Schränkchen, Bettstellen mit Matratzen verkauft
Friedrich Peileke,
4035 Geiststraße 25.

Schultornister 4027
kaufen Sie gut und billig bei
Sobel, Steinweg 45,
Reilstrasse 1.
Ammendorf: Bahnhofstraße 1.

Frauenhaar
kauft zu höchsten Preisen *1831
A. Richter, Glauchaerstr. 78.

Möbel, Betten, Pfandscheine
3979 kauft zu höchsten Preisen
Frau Hornickel, Kl. Klausstraße 6, — Tel. 4314. —

Vom Abbruch
Fr. Gottschalk's Ziegelei, Osendorf bei Ammendorf,
4 guterhalt. Holzschuppen zum Wiederaufbau geeign., 10000 Mtr. geschn., vollk. st. Latten, 50 Kbm. vollk. geschn. Bauholz, Stuben-, Stall- u. Haustüren, Fenster in Holz u. Eisen, ger. Treppen, 5 T-Träger, ca. 5,50×23 h., Pferde-Raufen, 16 stein. Trepp.-Stufen, ca. 45 Quadratmtr. Pflastersteine u. viel. mehr sofort zu verkaufen.
*2094 **G. Lindner.**

Brennholz
(Ersatz für Kohle)
neues Abfallholz, kl. geschn., gemischt Kiefer, Fichte Eiche, Buche à Ztr. 6.50 ab Platz, frei Haus à Ztr. 7 M auch waggonweise für Wiederverkäufer äußerst billig verkauft. *2100
G. Lindner,
Tholuckstr. 9, Fernspr. 4920.

Künstliche **Zähne**
Behandlung kranker Zähne. Schmerzloses Zahnziehen soweit möglich.
Hall. Zahn-Heil-Anstalt
(vormals Britannia).
Gr. Ulrichstrasse 11, II.
Fernruf 3365. 3463

Konfirmanden-Album.
45 neue Vorlagen für Kleider, Jacken u. Wäsche.
Preis 75 Pfg.,
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung
Halle a. d. S., Harz 42/44

Guterhalt. Möbel-Verkauf
von E. Dippold, Gr. Gosenstr. 12, Eing. Advokatenweg. 4018

Der Lehrmeister i. Garten u. Kleintierhof
für Garten- und Kleintier-Besitzer unentbehrlich, erscheint wöchentlich, bringt Abhandlungen über Gemüsebau, Obstbau und Kleintierzucht.
Pro Quartal 2.12 Mk.
Zum Abonnement ladet ergebenst ein
Volks-Buchhandlung,
Halle, Harz 42/44.

Gebr. Rosshaare kauft 3976
E. Dippold, Gr. Gosenstr. 12, p.

Grossen Posten
Schränke und Vertikos
sowie billige
Küchen-Schränke
4016 offeriert
Möbelfabrik
C. Hauptmann,
Kleine Ulrichstrasse 36.
Riesenauswahl in preisw. Möbelausstattungen!

Familien-Nachrichten.

Am 21. Februar, nachmittags 3 Uhr, entschlief sanft nach schwerem Leiden unser einziges, herzliebstes Kind

Walter,

im 8. Lebensjahre. Er war unser Glück und Sonnenschein!

In tiefem Schmerz: **Anna Tribius** geb. **Drescher.**
Vater zurzeit im Felde.

Halle, 23. Februar 1918.

Beerdigung: Montag, nachmittags ½3 Uhr, auf dem Süd-Friedhof. 4019

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe meines mir unvergeßlichen Mannes, seiner zwei Kinder treusorgender Vater, des

Platzmeisters
Wilhelm Pfeifer

sage ich hierdurch allen, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten, herzlichen Dank. Insbesondere Dank dem Herrn Chef und dem Personal des Halleschen Kohlen- und Brikett-Kontors, dem Transportarbeiter-Verband, den Verbands-Kollegen und Kolleginnen und dem Sozialdemokratischen Verein, Halle. Vielen Dank auch dem Herrn Pastor Kunitz für seine trostreichen Worte am Grabe.

Die tieftrauernde Gattin
Frau Else Pfeifer
geb. Scheibner,
nebst Kindern, Eltern, Schwiegereltern und Angehörigen.
4020

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180223-16/fragment/page=0008